Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rm. einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł. **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105 — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — „Die Welt der Frau" — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

69. Jahrgang — Donnerstag, den 30. Januar 1930 — Nr. 24

Der Haushaltsplan in dritter Lesung.

Die Beratungen in der Kommission gehen zu Ende. — Die gestrichenen Dispositionsfonds. — Die Sparsamkeit schreitet vorwärts.

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 29. Januar.

Die dritte Lesung der Budgets der einzelnen Ministerien nähert sich ihrem Ende. Es zeigt sich dabei deutlich der feste Wille der Parteien der Mehrheit, also der gesamten Opposition, die sich nicht nur aus den Parteien der Linken und des Zentrums, sondern auch aus den Nationaldemokraten zusammensetzt, dem ständigen Anwachsen der Dispositionsfonds der verschiedenen Minister eine Grenze zu setzen. Mit anderen Worten, man will die Möglichkeit, daß die einzelnen Minister mehrere Millionen ausgeben, ohne daß irgendwelche Kontrolle über deren Verwendung besteht, einschränken. So wurde nicht nur der Dispositionsfonds des Innenministers ebenso wie in den Vorjahren eingeschränkt, sondern auch der Außenminister mußte sich eine Herabsetzung seines Fonds um drei Millionen gefallen lassen, und selbst der allmächtige Kriegsminister Marschall Piłsudski mußte zusehen, wie sein Dispositionsfonds von 8 Millionen auf 6 Millionen herabgeschraubt wurde.

Die amtliche **„Gazeta Polska"** bricht heute in ein Klagelied ob dieses grausamen Verfahrens aus, und sie sagt, der Innenminister habe seinen Dispositionsfonds nötig für die Bekämpfung des Umsturzes, der Außenminister für die Bekämpfung der gegen Polen gerichteten Propaganda, die in letzter Zeit wieder mächtig ihre Stimme für eine Aenderung der polnischen Grenzen erhebe; und der Kriegsminister müsse mit seinem Dispositionsfonds der Spionage entgegentreten.

Nun sind wir gewiß die letzten, die der Entwicklung der Spionage oder des Umsturzes das Wort reden oder die gegen Polen gerichtete Propaganda ins Kraut schießen lassen möchten. **Aber so liegen die Dinge nicht.** Der Dispositionsfonds des Innenministers ist von den Parteien deshalb so stark bekämpft worden, weil man ein allzu starkes Anwachsen der Macht der Polizei befürchtete, und so will man denn nicht noch weitere Summen bewilligen, um den Baum der Polizei nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Uebrigens ist der frühere Finanzminister Czechowicz vor den Staatsgerichtshof gezogen worden, ein Verfahren, das ganz unmöglich gewesen wäre, wenn nicht aus dem Dispositionsfonds des Innenministers Millionen dazu benutzt worden wären, um die Wahl zugunsten einer Partei zu beeinflussen. Die sog. Spionage oder die Spionagefurcht ist nun allerdings recht verbreitet in Polen, und als im vorigen Jahre der Dispositionsfonds des Kriegsministers eingeschränkt wurde, hat man im Lande Sammlungen veranstaltet, um dem Kriegsminister aus freien Stücken eine Million überreichen zu können. In der Diskussion darüber hat man allerdings darauf hingewiesen, daß bei diesen freiwilligen Sammlungen ein Druck auf die Beamten ausgeübt worden wäre. Die Propaganda gegen Polen muß selbstverständlich ihre Gegenpropaganda finden, aber, so möchten wir bescheiden fragen, wieso kommt es, daß der Außenminister gerade 14½ Millionen für die Bekämpfung der Propaganda nötig hat, und ob es nicht möglich wäre, mit einem Dispositionsfonds von 11½ Millionen bei geschickter Verwendung auch sehr viel erreichen zu können. Wie gesagt, die Opposition ließ sich nicht durch die Beweggründe der Anhängerschaft der Regierung einschüchtern, und obwohl man der Opposition weitestgehenden Patriotismus nicht absprechen kann, hat man es gewagt, einem Anwachsen der Dispositionsfonds nach den gemachten Erfahrungen eine Grenze zu ziehen.

Auch sonst noch war man nicht danach gelaunt, der Regierung die geforderten Gelder in die Hand zu drücken, wo es sich um die Staatsunternehmen handelte. Der Finanzminister hätte gern aus dem Tabakmonopol 4 Millionen weniger eingenommen, was ihm nicht erlaubt wurde. Ebenso sind dem Tabakmonopol 11 Millionen verweigert worden, die zur Unterstützung des Ankaufs von Rohstoffen eingesetzt worden waren. Beim Spiritusmonopol ging es ähnlich. Die Landeswirtschaftsbank, deren Verwaltung einer so scharfen Kritik unterzogen worden ist, mußte es sich gefallen lassen, aus dem Reingewinn 460 000 Zloty mehr an die Staatskasse abzuführen, und die Bank Polski, die sehr gern 5 Millionen weniger an den Staatsschatz aus den Gewinnen gezahlt haben würde, muß nach wie vor diese 5 Millionen bezahlen. Bei den Eisenbahnen rechnete der Verkehrsminister Kühn aus, daß die Einnahmen um 11 Millionen geringer sein würden als im Vorjahre, und er hätte gern gehabt, daß man ihm diese elf Millionen erlassen hätte. Das wurde nicht bewilligt, und dasselbe Vorgehen zeigte die Opposition bei anderen Positionen, wenn die Regierung Einnahmen gestrichen und Ausgaben vermehrt haben wollte. Da sich auch andere Minister Kürzungen ihrer Dispositionsfonds haben gefallen lassen müssen, so darf man wohl annehmen, daß auch Zaleski nicht allein zur Seite stehen wird.

In der heutigen Vollsitzung des Sejm soll übrigens ein Gesetzentwurf besprochen werden, der die Freiheit der Wahlen garantieren soll.

Deutschland die letzte Hoffnung.

Warschau, 29. Januar.

Das Institut für Konjunktur- und Preisforschung hat einen pessimistisch gehaltenen Bericht herausgegeben, der am Schluß wieder optimistischer wird. In diesem Bericht heißt es u. a.:

„Die Vertiefung der Depression hatte sich bisher nur in einem Industriezweig, nämlich der Textilindustrie gezeigt, sie ist nun auf andere Industriezweige übergegangen, zum Beispiel auf die Hütten- und Metallindustrie. In der Landwirtschaft erfolgte eine leichte Verschärfung der Getreidekrise, die aber zum Teil wieder durch die Exportprämien gutgemacht wurde. Die Zahl der Wechselproteste ist im Dezember von 11,4 Prozent im November auf 11,7 Prozent gestiegen. Die Handelsbilanz ist nach wie vor aktiv. Erschwert wurden die Bemühungen um eine Preissenkung durch Preiserhöhungstendenzen. **Die Eisenbahntransporte erreichten im Dezember ihren höchsten Stand. Die Krise hat ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. Es kann aber binnen kurzem eine Besserung eintreten, wenn sich die Lage in den Ländern, die von Einfluß sind, namentlich in Deutschland, gebessert hat."**

Rücktritt des spanischen Diktators.

Das Ende einer 6jährigen Diktatur. — Verschiedene Pressestimmen.

Paris, 28. Januar.

Wie Havas soeben meldet, ist der spanische Diktator Primo de Rivera zurückgetreten.

Die spanische offizielle Agentur hat bis zum letzten Augenblick diese französische Meldung dementiert.

Madrid, 28. Januar.

General Primo de Rivera hat dem König den Rücktritt des Gesamtkabinetts angekündigt und kurz darauf auch das Rücktrittsgesuch überreicht. Das Gesuch wurde vom König angenommen. Der König hat mit der Regierungsbildung den General Berenguer beauftragt. Primo de Rivera hat dem neuen Ministerpräsidenten zu der Beauftragung herzlich Glück gewünscht. Danach fand eine längere Aussprache zwischen den beiden Generalen statt.

London, 29. Januar. (R.)

Der Rücktritt Pimo de Riveras wird in einem Teil der englischen Morgenblätter in Leitartikeln gewürdigt. In den **„Times"** wird festgestellt, daß er seinem Lande wichtige Dienste geleistet habe. Er habe zwar zahlreiche Freiheiten unterdrückt, aber die Freiheit der Arbeit wiederhergestellt und Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten sowie eine große Anzahl administrativer Verbesserungen durchgeführt. Die Geschichte werde ihm sicher einen ehrenvollen Platz unter den maßgebenden Männern Spaniens einräumen. Der **„Daily Herald"** begrüßt den Umsturz und faßt sein Urteil über die weitere Entwicklung in dem Zitat zusammen: „Die Dinge müssen schlechter werden, bevor sie besser werden können." Das gelte auch für die nahe Zukunft Spaniens.

Berlin, 29. Januar. (R.)

Die Diktatur Primo de Riveras hat sich entgegen zahlreichen Voraussagen länger als sechs Jahre behauptet. Am 13. September 1923 hatte der damalige Generalkapitän von Katalonien, General Primo de Rivera, in einem Manifest der allgemeinen Unzufriedenheit über die Erfolglosigkeit des Marokkofeldzuges und die zerfahrenen innerpolitischen Verhältnisse Ausdruck gegeben und mit Zustimmung des Königs ein Militärdirektorium gebildet, daß die Volksvertretung auflöste und die Garantien der Verfassung von 1876 außer Kraft setzte. Es gelang Primo de Rivera, dem kostspieligen Marokkokrieg durch Zusammenarbeit mit Frankreich im Jahre 1926 ein Ende zu bereiten. Trotz seiner unbestreitbaren Verdienste um die materielle Entwicklung und die wirtschaftliche Wohlfahrt des Landes verstand es der Diktator nicht, in der durch die rücksichtslose Pressezensur verärgerten Oeffentlichkeit Sympathien zu gewinnen, auch glückte ihm die Schaffung einer eigenen politischen Organisation, die an die Stelle der alten Parteien hätte treten können, nicht in dem erwünschten Maße. Obwohl das Militärdirektorium im Jahre 1925 in eine zivile Regierung umgewandelt und daneben eine Nationalversammlung mit beraten Befugnissen geschaffen wurde, wuchs die Opposition, die sich in wiederholten Putschen äußerte. Auch die Armee, auf die sich die Diktatur stützte, verband sich zeitweilig mit liberalen Politikern, wie Sanchez Guerra, im Kampfe gegen Primo de Rivera. Der hauptsächlich auf politischen Gründen beruhende Sturz der Peseta hat die letzten Monate des Regimes verdüstert und dem Diktator selbst den Entschluß zur Liquidierung seines Unternehmens nahegelegt. Allerdings hatte er gehofft, die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen, insbesondere die Neuwahlen, noch selbst veranstalten zu können.

Ueber die neue spanische Regierung, die von dem General Berenguer gebildet werden soll, verlautet in politischen Kreisen Madrids, daß diese Regierung ausgesprochen zivilen Charakter tragen werde. Berenguer erklärte selbst gestern, daß ihm die Nachricht seiner Betrauung mit der Kabinettsbildung überraschend gekommen sei. Auf die Frage nach der Orientierung der neuen Regierung erklärte er, daß er als Soldat gehorchen und als Bürger handeln werde. Der bisherige Diktator Primo de Rivera erklärte gestern Journalisten, er glaube, daß Spanien noch längere Zeit ähnlich wie von ihm wird regiert werden müssen. Er fügte noch hinzu, daß er die Gründe der Krise in einer letzten halbamtlichen Erklärung auseinandersetzen werde in der er auch vom Volke und vom Heere Abschied nehmen werde. Die letzte Nacht ist in Madrid ziemlich ruhig verlaufen. Nur ein Zeitungskiosk wurde von Studenten in Brand gesteckt. Verschiedentlich ertönten Rufe, wie „Nieder mit Primo!", „Es lebe die Republik!" Es wurden aber auch Rufe laut, die das Werk Primo de Riveras in Schutz nahmen.

Der Beweggrund.

Madrid, 29. Januar. (R) **Ueber die Beweggründe, die zum Rücktritt des Diktators Primo de Rivera führten, wird noch bekannt, daß Primo sich am Dienstag abend zum König begeben und von ihm verlangt habe, den Generaloberst von Andalusien und den Generalkommandanten von Cadix abzusetzen. Als der König sich nach längeren Auseinandersetzungen weigerte, die Absetzungen vorzunehmen, reichte Primo de Rivera sein Abschiedsgesuch ein.**

Genfer Widerspruch gegen Rußland

In der Völkerbundstadt Genf haben zwar die Staaten und Völker bisher noch keine Einsprüche gegen die Verfolgungen in Rußland erhoben. Desto aktiver sind die Kirchen, die sich untereinander zu einer interkirchlichen Protestversammlung zusammenschlossen. Diese denkwürdige Versammlung fand im Reformationssaal in Genf statt und evangelische sowohl wie katholische Kirchenführer sprachen für die Verfolgten in Rußland, während von griechisch-orthodoxer Seite gesangliche Darbietungen dargebracht wurden. Aehnliche interkirchliche Veranstaltungen sind auch an anderen Orten der Schweiz in Vorbereitung.

Der schweizerische evangelische Kirchenbund hat in einer Resolution den Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkirchenkonferenz gebeten, auch seinerseits den russischen Kirchen die Sympathie der ganzen Christenheit zu bezeugen und einen feierlichen Protest gegen die Vorgänge in Rußland zu erlassen.

Polen und die Randstaaten

Von Axel Schmidt.

Der Besuch des polnischen Staatspräsidenten im Sommer in Reval ist, wie sich zeigt, der Schrittmacher einer verstärkten polnischen Randstaatenpolitik geworden. Nach der Selbständigwerdung Polens und der Randstaaten versuchte die Warschauer Regierung, die außenpolitische Führung der baltischen Staaten in die Hand zu bekommen. Litauen freilich hielt sich wegen Wilna stets allen Zusammenkünften fern, so daß der von Polen erhoffte Fünfbund bestenfalls ein Vierbund geworden wäre. Den Höhepunkt bildete die Warschauer Tagung, die aber schließlich doch ohne Resultat verlief, weil die finnländische Regierung die von der Konferenz vorgeschlagene Abmachung nicht akzeptierte. In den nächsten Jahren schien es, als ob sich Polen von der baltischen Politik zurückzöge; das hatte innerpolitische Gründe. Piłsudski war inzwischen grollend aus der aktiven Politik ausgeschieden, die neuen Machthaber, die Nationaldemokraten, sahen den Feind nicht, wie Piłsudski, in Rußland, sondern in Deutschland. Sie hatten daher kein Interesse daran, Piłsudskis aktive Randstaatenpolitik fortzusetzen. Zu dieser Zeit näherte sich Finnland stark den skandinavischen Staaten, während Lettland bestrebt war, eine Brücke zwischen Deutschland und Rußland zu bilden. Nur Estland blieb gefühlsmäßig an Polen gebunden. Schließlich begann aber auch Estland und Lettland dem finnländischen Beispiel zu folgen. Der Gegenbesuch des schwedischen Königs in Reval und Riga bildete den Höhepunkt der Verständigungspolitik der Anrainer des baltischen Meeres.

Inzwischen war in Polen Piłsudski wieder ans Ruder gekommen. Er nahm bald wieder seine alte aktive Ostpolitik auf. Das Bündnis mit Rumänien bildete hierbei den Grundstock. Als Sowjetrußland seinen Nachbarn vorschlug, vorzeitig den Kelloggpakt in Kraft zu setzen, griff Piłsudski auf die estnischen Sympathien zurück und veranlaßte die Revaler Regierung, gleichzeitig mit Polen den Vertrag in Moskau zu unterschreiben. Lettland, das zwar mit Estland ein Militärbündnis besitzt, aber seit Jahren über eine Zollunion verhandelt, sah sich schließlich veranlaßt, um nicht isoliert zu bleiben, zusammen mit Polen und Estland in Moskau zu unterzeichnen. Schon damals, im Februar 1929, sprach der estnische General Laidoner nach einem Besuch in Warschau von der Interessiertheit Estlands an einem „starken Polen", da die Außenpolitik beider Staaten die gleiche Bahn wandelte.

Jetzt hat die Ankündigung des offiziellen Besuches des estnischen Staatspräsidenten Strandtmann in Warschau nebst einem Gegenbesuch des polnischen Staatspräsidenten in Reval in Osteuropa nicht wenig Sensation gemacht. Die offiziöse Zeitung „Gazeta Polska" schreibt zu diesem Anlasse: „In gleicher Weise versuchte man uns als Saisonstaaten zu behandeln. Zehn Jahre sind verflossen, und das Bild hat sich grundsätzlich geändert. Täglich wächst in Warschau die Zahl der Botschafter der Staaten, welche Polen als Großmacht anerkannt haben. Von Tag zu Tag wächst die Zahl der ständig in Reval und Riga akkreditierten Gesandten der Staaten, die dadurch die dauernde Bedeutung und ernstliche Rolle der baltischen Staaten im Osten Europas anerkennen."

Obgleich das offiziöse polnische Blatt den polnischen Besuch des estnischen Staatspräsidenten mit dem seinerzeitigen Besuche

in Stockholm in Parallele stellt, ist das „Svenska Dagbladet“ der Ansicht, daß der bevorstehende Besuch in Warschau einen Kurswechsel der estländischen Außenpolitik darstelle. In Estland, fährt das Blatt fort, bestände die Meinung, daß Schweden, Dänemark und Norwegen in den baltischen Staaten zwar große kulturelle und wirtschaftliche Interessen hätten, daß man aber von diesen Staaten im Falle einer Verwicklung mit Rußland keine reale Hilfe erwarten könne. Deswegen sei eine Verständigung mit **Polen**, dem stärksten militärischen Staate Osteuropas, unumgänglich nötig. Die Ansicht teile augenscheinlich auch der jetzige estländische Staatspräsident, der seinerzeit estnischer Gesandter in Polen gewesen wäre. Da sich Litauen beständig vor einer Annäherung Estlands an Polen gefürchtet hätte, könnte Estlands Orientierung nach Polen die Realisierung eines baltischen Staatenbundes in die Ferne rücken. Noch mehr als in Schweden gibt dieser Besuch der lettischen Presse Stoff zu Betrachtungen. Das sozialdemokratische Blatt sieht darin eine Demonstration gegen Sowjetrußland. Es befürchtet, daß sich durch diesen Besuch die Beziehungen Estlands und Sowjetrußlands verschlechtern würden, was auch für Lettland, als einem verbündeten Staate Estlands, unerwünscht sein müsse. Bedeutsamer ist es, daß auch die Blätter der lettischen bürgerlichen Parteien, die zur Regierungskoalition gehören, über den estnischen Schritt nicht begeistert sind. Im „Latvis“ kommt der Führer der lettischen Rechten im Parlament, Berg, auf den Warschauer Besuch zu sprechen. Er vertritt dabei die Ansicht, daß diese Fahrt „zur Unzeit“ erfolge und unerwünscht sei, weil gerade jetzt nach dem Rücktritt Woldemaras in Litauen die Möglichkeit bestanden hätte, die drei baltischen Staaten einander näher zu bringen; außerdem wäre einer solchen baltischen Union ein Rückhalt an Finnland und Schweden geblieben. Diese Perspektive sei jetzt gestört. Auch wenn man nicht annehmen wolle, daß Litauen die Fahrt des estnischen Staatspräsidenten als einen gegen sich gerichteten unfreundlichen Akt ansehe, so würden doch die Beziehungen dieser beiden Staaten nicht herzlicher werden. Und wenn nun unser Staatspräsident dem Beispiele des estnischen folgte und nach Polen führe, würde Litauen das ohne Zweifel übelnehmen. Wenn dagegen unser Staatspräsident nicht nach Polen reiste, würde es so aussehen, als ob ein gewisser Unterschied in den Beziehungen Polens zu Lettland im Verhältnis der Beziehungen Polens zu Estland bestände, was faktisch **nicht der Fall** sei. Wenn nun der lettische Staatspräsident zuerst nach Litauen führe, würde es Leute geben, die das als eine Demonstration gegen Polen und Estland auslegten. Auf diese Weise könnte die baltische Staatenfamilie in **zwei Lager** geteilt werden, unter denen eine Verständigung **schwer** würde. Infolgedessen müsse man schon sagen, daß die politischen Beziehungen unter den baltischen Staaten und die Anerkennung der Gemeinsamkeit ihrer Interessen, wenn auch nicht schwächer, so doch auch in keinem Falle besser als jetzt werden würden.

Diese Bemerkungen des lettischen Blattes sind berechtigt. Die bevorstehende Extratour Estlands hat das Mißtrauen Sowjetrußlands geweckt und seinen Bundesgenossen Lettland verschnupft. Ob es dafür in Polens Freundschaft genügend Ersatz finden wird, das muß abgewartet werden.

Bolschewismus und Familie.

Aus einem Brief.

„Es geht jetzt immer schärfer über uns her. Nachdem wir unsere Wohnung haben aufgeben müssen, leben wir nun in zwei Zimmern, die an einem Korridor gelegen, auf den viele andere Türen von Zimmern münden, die von uns ganz fremden Menschen bewohnt werden. Viel Friede herrscht auf dem Korridor gerade nicht.“

Die „Neprerywka“ ist die ununterbrochene Arbeitswoche; vier Tage wird gearbeitet, der fünfte ist frei, aber der fünfte Tag ist **kein allgemeiner** Ruhetag, sondern in Schule, Betrieb und Fabrik beginnt jeder an einem bestimmten Wochentag seine Arbeitswoche, so daß immer nur der fünfte Teil einer Stadt, einer Fabrik, eines kommunistischen . landwirtschaftlichen Betriebes frei hat.

„Das Furchtbarste ist jetzt die **Neprerywka**. Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie es jetzt bei uns hergeht: Mein Mann hat den 4., den 9., den 14. usw. frei, Irma (Tochter) den 3., den 8. usw., ich den 6., den 11. usw. Der **alte Sonntag**, wie war der so schön, nun kann man kaum etwas Geistiges miteinander teilen; das ist furchtbar schwer zu tragen, daß die Familiengemeinschaft immer mehr zerstört wird.“

Wenn doch die Völker es bedächten, welchen Segen sie im Sonntag haben, der ihnen auch das familienhafte Leben ermöglicht!





Verlobung in Bukarest.

Prinzessin Ileana von Rumänien, die jüngste Tochter der Königin Marie von Rumänien, verlobte sich mit Graf Alexander Friedrich von Hochberg und Freiherrn von Fürstenstein, dem zweiten Sohn des Fürsten von Pleß. Graf Alexander ist Patenkind des Königs Georg von England. — Unser Bild zeigt die jungen Verlobten.

Die Verfassungsänderung.

Abg. Spitzer vom Deutschen Parlamentarischen Klub nahm in der heutigen Sitzung der Verfassungskommission Stellung zu der beabsichtigten Konstitutionsänderung.

Der Deutsche Parlamentarische Klub ist **bereit**, an der Verfassungsänderung **mitzuarbeiten**. Was jedoch das Problem der **Staatsform** anbelangt, so sind wir zwar der Meinung, daß eine Aenderung unserer Konstitution in dieser Beziehung **keinen großen Wert** hat, denn, wie die Erfahrung der letzten zehn Jahre lehrt, wird die Verfassung des Staates mehr durch den **Einfluß der Tatsachen** gestaltet als durch Gesetzesvorschriften.

Unseres Erachtens gehört zu den Mängeln der Verfassung vor allem die nicht ganz klare Präzisierung der bürgerlichen Rechte, insbesondere des Verhältnisses des Staates zu den völkischen Minderheiten. Daher wird die Arbeit über die Verfassungsänderung von größter Bedeutung sein, sofern sie sich mit Problemen der Gesellschaftsordnung beschäftigen wird, das heißt mit der Regelung des Verhältnisses des Staatsbürgers zum Staat, mit der Sicherstellung der bürgerlichen Rechte und vor allem mit dem von diesen Fragen untrennbaren Minderheitenproblem. Alle diese Fragen sind für uns eng verbunden, denn wir verlangen nichts weiter, als daß uns der volle Genuß sämtlicher bürgerlichen Rechte garantiert wird.

Die Verfassung vom 17. März 1921 enthält zwar eine Reihe richtiger und zufriedenstellender Grundsätze. Der Fehler aber liegt darin, daß diese Bestimmungen so allgemein gehalten sind, daß sie bei der bekannten Einstellung der Bürokratie zu den Bürgern insbesondere zu den Minderheiten, **keinen praktischen Wert** haben. Solche ganz allgemein gehaltenen Bestimmungen könnten wohl genügen, wenn die Mehrzahl der einflußreichen Regierungsfaktoren und der polnischen Gesellschaft zu den Minderheiten anders eingestellt wäre wie bisher und wenn sich unser Bürokratismus in der Praxis von dem Geiste und dem Inhalt der Verfassung leiten lassen würde. Daß dies nicht der Fall ist, erübrigt sich besonders hervorzuheben. Es ist auch hier nicht am Platze, diese Behauptung durch Beispiele aus den verschiedensten Lebensgebieten zu unterstützen, aber auf eins möchte ich doch hinweisen:

Im Sinne des Art. 109 der Verfassung steht der deutschen Minderheit das **Recht** zu, **autonome Verbände** öffentlich-rechtlichen Charakters zu gründen.

Wo haben wir nach zehn Jahren solche Verbände? Der Sejm und die verschiedensten Regierungen haben nicht nur nichts getan, um diese Bestimmung in die Tat umzusetzen, sondern unsere Bestrebungen und Anträge nach dieser Richtung hin werden von der polnischen Presse und der Mehrzahl der polnischen Parteien als Anschlag auf die Geschlossenheit des Staates angesehen. Denn trotz allen Redens von der Gleichberechtigung der Minderheiten wird in der Praxis sowohl seitens der polnischen Parteien als auch der Regierung diese Gleichberechtigung nicht anerkannt, und wie werden offen als ein im Staate unerwünschtes Element behandelt, das eingeschränkt und bekämpft werden muß.

Das sind Grundsätze und Ansichten, die sich schon fast in allen europäischen Staaten **überlebt** haben. **Die Staaten, die mit diesen mittelalterlichen Grundsätzen aufgeräumt haben, wie Lettland, Estland, Finnland u. a., haben eine größere innere Geschlossenheit, Ansehen nach außen hin und eine friedliche Zusammenarbeit aller Staatsbürger erreicht. Nach diesem Ziele müßte auch unsere Verfassung streben. Der Deutsche Klub wird bei den augenblicklichen Arbeiten nach dieser Richtung hin wirken. Wenn die Regierung und die Mehrheit in der Kommission und im Sejm nicht nur eine Besserung des geschriebenen Gesetzes anstrebt, sondern vor allem eine Besserung der Verhältnisse im täglichen Leben, eine friedliche Zusammenarbeit aller Volksgruppen im Staate, dann müssen Sie unsere Bestrebungen unterstützen.**

Donnerstag Vollsitzung der Flottenkonferenz.

Die Tagesordnung zu Frankreichs Gunsten entschieden.

Die Delegationsführer beschlossen in ihrer heutigen Morgensitzung, die zweite Vollsitzung der Konferenz für Donnerstag vormittag einzuberufen. Zu dieser Konferenz soll ein Teil der Presse zugelassen werden.

*

Der Programmkampf entwickelt sich immer mehr zu einem italienisch-französischen Wortgefecht. In den gestrigen Sitzungen ist es wiederholt zu rednerischen Zusammenstößen zwischen Grandi und Tardieu gekommen, wobei die Amerikaner schließlich vermittelnd eingriffen. Nach französischer Darstellung hat Tardieu einen zweiten Sieg auf der Konferenz errungen. Tatsächlich hat man den Ausweg darin gefunden, daß man die alphabetische Reihenfolge entscheiden ließ. Da Frankreich vor Italien kommt, steht nunmehr der französische Vorschlag der Gesamttonnage als erster Programmpunkt auf der Agenda.

Hierbei handelt es sich nun nicht um die Abrüstung nach Gesamttonnage, sondern zunächst um die **Feststellung der absoluten Bedürfnisse jedes Landes** nach wirtschaftlichen, geographischen und politischen Punkten. Damit wird also die nächste Gesamtsitzung gewissermaßen eine direkte Fortsetzung der **Tardieu-Rede** vom Sonnabend darstellen. Die **Franzosen** sind, wie die englische Presse betont, **die einzigen, die ein Programm haben**, und Tardieu der einzige, der weiß, **was er will**. Mit Macdonald sind die Zeitungen **weniger** zufrieden. Die Franzosen glauben, daß in einer solchen Erörterung der absolut notwendigen Gesamttonnage Italien nicht imstande sein wird, in überzeugender Weise ein Marineprogramm vorzulegen, das auf der Parität mit Frankreich beruht. Hierzu erklären nun die **Italiener**, daß sie gar nichts dagegen haben, wenn die übrigen Mächte den französischen Programmpunkt erläutern. Sie selbst würden sich allerdings **hieran nicht beteiligen**, sondern erst in einem späteren Zeitpunkt ihre Bedürfnisse vorlegen, wenn nämlich ihr eigener Programmpunkt, die **Feststellung der Verhältniszahlen**, auf der Tagesordnung steht.

Man muß sich also darauf gefaßt machen, daß noch längere Zeit verloren geht, bis dieser französisch-italienische Gegensatz ausgetragen wird. Die **Amerikaner** haben sich bei ihren Vermittlungsversuchen bemüht, eine **Formel** zu finden. Man denkt daran, etwa vor den zu schließenden Vertrag eine **Präambel** zu setzen, in der das souveräne Recht jedes einzelnen Staates auf Parität mit dem anderen nominell festgesetzt werden wird. Der Vertrag selbst kann die Formel enthalten, daß die einzelnen Mächte für eine begrenzte kurze Zeit von Jahren sich freiwillig in ihrer Bautätigkeit einschränken.

*

Das langsame Arbeiten der Flottenkonferenz begünstigt das Entstehen wilder Gerüchte. Das Fehlen tatsächlicher Informationen, das in diesem Stadium der Verhandlungen in keiner Weise überraschen kann und auch eigentlich nicht enttäuschen sollte, hat eine gewisse Klasse von Berichterstattern veranlaßt, **Politik auf eigene Faust** zu machen und Tatarennachrichten in die Welt zu setzen, offenbar in dem einzigen Bestreben, von den Delegierten ein promptes Dementi zu erhalten.

So erschien gestern abend die „**Evening News**“ mit der Sensationsnachricht, die Japaner hätten eine Bombe in den Konferenzsaal geworfen. Sie hätten verlangt, die Handelsschiffe auf das Programm zu setzen und gefordert, daß Handelsschiffe nur von einer solchen Größe gebaut werden dürften, daß sie höchstens Sechs-Zoll-Geschütze tragen könnten. Ferner hätte die Konferenz beschlossen, von der Abschaffung der U-Boot-Waffe nicht mehr zu reden.

Der japanische Hauptdelegierte nahm sofort Veranlassung, im St. James-Palace den anwesenden Journalisten gegenüber diese „**irrsinnigen Meldungen**“ zu dementieren. Ebenso beschwerte sich der Pressechef der amerikanischen Delegation lebhaft über die sensationelle Berichterstattung. Völlig aus dem Häuschen geraten ist offenbar auch der „diplomatische Korrespondent“ einer der großen Londoner Tageszeitungen.

Es ist für die Konferenzarbeiten sicher nicht dienlich, daß **Macdonald** sich die Leitung in einer Weise aus den Händen gleiten läßt, die in Konferenzkreisen beunruhigt. Es dürfte sich jedoch grundsätzlich empfehlen, von **Krisen oder Sensationen so wenig wie möglich Notiz zu nehmen.**

Italiens Meinung.

London, 29. Januar. (R.) Der italienische Außenminister **Grandi** hielt gestern bei einem Festessen in London eine **Ansprache**. Er führte unter anderem aus, daß die Rüstungen nicht nur eingeschränkt, sondern auf das **Mindestmaß gebracht** werden müssen. Die Welt warte mit **Ungeduld auf die Abrüstung**. Italien brauche Frieden zum Aufbau des Landes, und dies könne nur in einem **abgerüsteten Europa** vor sich gehen. Es antwortete ihm der englische Außenminister **Henderson**, der erklärte, er lehne es ab, mit einem **Fehlschlag** der Konferenz zu rechnen. Dann nahm noch Lord Grey das Wort zu einen **Trinkspruch auf die Teilnehmer** der Konferenz. Er sei überzeugt, die Welt sei imstande, nicht nur einen **Krieg zu verhüten**, sondern auch schon die **Vorbereitungen** im Keime zu ersticken.

Ein englisches Blatt weiß zu berichten, daß **Grandi** auf der morgigen Sitzung nochmals den **Wunsch Italiens auf Flottengleichheit** mit Frankreich hervorbringen werde und auch Aeußerungen über das weitere Verhalten Italiens zu der Konferenz abgeben werde.

Frankreichs Kampf gegen die Seeabrüstung.

Das diplomatische Vorspiel zur Londoner Flottenkonferenz hat nun seinen **Höhepunkt** erreicht, von dem sich aber nicht sagen läßt, daß er auf den Verlauf der Konferenz einen **erfreulichen Ausblick** eröffnet. Einmal hat sich die englische Regierung mit aller Entschiedenheit gegen die von Frankreich erhobenen Einwände erklärt, deren Erörterung die programmmäßige Erledigung der Konferenzarbeiten in Frage stellen könnten. So wehrt sich Macdonald vor allem gegen die von Frankreich gewünschte Aufrollung des schwierigen Problems der nationalen Sicherheit. Die Behandlung dieses Themas müßte nach Londoner Auffassung zu einer Verknüpfung der Seeabrüstungsfragen mit denen zu Wasser und zu Lande führen, was aber auf der Flottenkonferenz gerade vermieden werden soll.

Die Frage der Abschaffung der U-Bootwaffe wird schließlich in der englischen Antwort auf das französische **Flottenmemorandum** vollends ignoriert. Ueber diesen Punkt werden also gewisse Auseinandersetzungen auf der Londoner Konferenz nicht zu umgehen sein. Im ganzen muß demnach festgestellt werden, daß zwischen London und Paris **Gegensätze** bestehen, die zum Teil **sehr tiefgehend** sind. Darüber hinaus ist es jetzt auch zwischen Italien und Frankreich zu Reibungen gekommen, die auf den italienischen Anspruch auf Parität mit der französischen Flottenstärke zurückzuführen sind.

Die französische Regierung ist in ihrer Antwortnote an die italienische Regierung auf deren Wünsche in bezug auf die gegenseitige Flottenstärke überhaupt nicht eingegangen, was in der italienischen Presse einen wahren Entrüstungssturm hervorgerufen hat. Im übrigen geht aber aus dem Inhalt der französischen Note hervor, daß Frankreich **gar nicht daran denkt**, der italienischen Forderung Rechnung zu tragen. Die Folge ist nun eine heftige Kampagne der italienischen Presse gegen Frankreich, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß es die Abrüstung zur See in Wirklichkeit zu **hintertreiben** suche. Diese Behauptung wird damit begründet, daß Frankreich für seine eigene Seemachtstellung Forderungen aufstelle, die den „besonderen Zweck“ seiner Flotte, den Küstenschutz, die Sicherheitsstellung des Handels auf den Weltmeeren und den Schutz der Kolonien betreffen. In der italienischen Presse wird darauf hingewiesen, daß nicht einmal Amerika oder England diese Fragen aufgeworfen hätten, wozu diese Mächte viel eher berechtigt seien als Frankreich.

Man ersieht auch aus dieser Polemik, daß zwischen den an der Flottenkonferenz beteiligten Mächten eine **recht wenig freundschaftliche Stimmung** herrscht. Interessant ist dabei die auffallende **Isolierung Frankreichs**. Dieses Moment dürfte auf der Konferenz selbst noch **deutlicher** in Erscheinung treten.

Verdächtigungen der „Gazeta Zachodnia“.

Warum wurde das Palmenhaus von Hoentsch gebaut?

Posen, 25. Januar. Die „**Gazeta Zachodnia**“ gibt sich die erdenklichste Mühe, die „**Geheimnisse des Wilson-Parks**“ aufzuklären. Sie hatte sich bereits Ende November mit dieser Angelegenheit beschäftigt und will inzwischen weitere sensationelle Einzelheiten erfahren haben. „**Das große Palmenhaus im Wilson-Park**“, so schreibt das Blatt, „wird in Zukunft zu den **wenigen Bauten** gehören, die für gewisse Personen ein **Sprungbrett** dafür waren, ein **Vermögen** zu machen. Wir wollen uns vorläufig mit den einzelnen „**Helden**“ dieses „denkwürdigen“ Werkes **nicht** befassen. Sie werden sicherlich die **Fürsorge der Staatsanwaltschaft** zu spüren bekmomen, und dann wird die **nackte Wahrheit das Tageslicht erblicken**. Es geht uns im Augenblick um die Feststellung, daß **polnische Unternehmen** diesen Bau ausführen konnten und wollten. Eine Inlandsfirma hatte sich im Einvernehmen mit den Vereinigten Grubenwerken von Königs- und Laurahütte an den Magistrat der Stadt Posen gewandt und ihre Dienste angeboten. Dieses Unternehmen sicherte sich die Mitarbeit eines **deutschen Architekten**, der in Deutschland schon mehrere Palmenhäuser aufgeführt hat. Die Bemühungen stießen jedoch auf eine **entschieden feindliche Front** der **betreffenden Beamten des Magistrats**. Eine entscheidende Rolle spielte dabei einer der Beamten, der durch seine Frau mit der Firma **Hoentsch verwandt** ist. Ueberdies hat diese Firma andere Argumente gebraucht. Sie hatte vorausgesehen, daß die Frage des Palmenhauses bald in verschiedenen Städten Polens **aktuell** sein würde. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse diktieren ausdrücklich die Uebergabe des ersten

Vierte Landessynode der unierten evangelischen Kirche.

I.

Auch diese 4. Landessynode konnte noch nicht nach der neuen, bereits von der 2. Landessynode im Jahre 1923 beschlossenen Verfassung zusammentreten, da trotz der außerordentlichen verfassunggebenden Synode im Jahre 1928 eine auch vom Staat anerkannte Kirchenverfassung noch nicht vorliegt.

Eröffnung der Synode.

Auf diesen Zustand wies auch der Präses der Landessynode, v. Klitzing, hin, der die erste Versammlung der Landessynode am Dienstag nachmittag um 3 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses eröffnete. Nach der vom Synodalen Haenisch gehaltenen Andacht und dem gemeinsamen Gesang von „Ein' feste Burg" begrüßte der Präses die Mitglieder des Evangelischen Konsistoriums, eine Reihe geladener Gäste sowie Vertreter der unierten evangelischen Kirche in Danzig und in Polnisch-Oberschlesien, die ebenfalls an der Eröffnungssitzung teilnahmen.

Pfarrer Lippky aus Danzig und Pfarrer Lic. theol. Schwenker aus Schwientochlowitz betonten in ihrer Erwiderung den engen Zusammenhang, der die evangelischen Kirchen in Polen und Danzig miteinander verbindet und der bei mancherlei Gelegenheiten seinen sichtbaren Ausdruck findet. Begrüßungsschreiben waren außerdem von der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union und der Provinzialsynode der Grenzmark Posen-Westpreußen eingelaufen und wurden von der Synode herzlich erwidert.

Im Mittelpunkte dieser ersten Versammlung stand der

Bericht über das kirchliche Leben

der unierten evangelischen Kirche, den der Leiter der Kirche, Generalsuperintendent D. Blau, erstattete. Auch er begann mit einem Rückblick auf die langwierigen und bisher noch ergebnislosen Verfassungsverhandlungen. Seit der letzten Synode des Jahres 1927, also binnen drei Jahren ist die Zahl der Pfarrer leider wieder erheblich zurückgegangen. Die 406 Gemeiden des Kirchengebietes werden jetzt nur noch von 212 Pastoren und 12 Hilfspredigern versorgt. Ein Drittel der Pfarrerschaft hat das 60. Lebensjahr bereits überschritten, so daß in den nächsten Jahren mit noch stärkerem Abgang zu rechnen sein wird. Erfreulicherweise ist der Blick in die Zukunft gar nicht so trübe, da bereits 50 junge Leute sich dem Theologiestudium gewidmet haben, darunter auch zwei junge Mädchen. Soweit es geht, werden die vakanten Gemeinden auch von Gemeindehelfern versorgt, und es steht zu hoffen, daß die Diakonenanstalt in Zinsdorf bald eine größere Zahl arbeitsfreudiger junger Leute zur Verfügung stellen kann, während die Bibelschule in Rogasen auch weibliche Hilfskräfte ausbildet. Das **kirchliche Leben** in den Gemeinden entwickelt sich trotz mancher Notstände erfreulich fort. Die notwendige Arbeit der Volksmission konnte weite Kreise erfassen. Leider ist auch unter der evangelischen Bevölkerung ein **verhängnisvoller Geburtenrückgang** zu beobachten. Während sich die **Zahl der Eheschließungen** von 1509 im Jahre 1927 auf 2033 im Jahre 1928 vermehrt hat, ist die Geburtenzahl in denselben Jahren von 5686 auf 5262 zurückgegangen. Trotz der sehr großen Schicht älterer Gemeindeglieder ist aber doch noch ein Geburtenüberschuß gegenüber der Zahl der Todesfälle vorhanden. Die schwierige Wirtschaftslage, die Unsicherheit des Besitzes und der Mangel an Berufsmöglichkeiten schaffen oft genug noch Gründe zur Abwanderung, wodurch der Bestand mancher Gemeinde erschüttert wird und die Aufbringung der kirchlichen Lasten nicht immer leicht ist. Die kirchlichen Beziehungen zu den im Wilnaer Rat zusammengeschlossenen evangelischen Kirchen in Polen haben sich gebessert, soweit sie nicht von jeher schon sehr herzlich waren, ebenso wie die Verbindungen zum Protestantismus der ganzen Welt, der auf den großen internationalen Konferenzen und Tagungen immer wieder sein Interesse für die religiösen Minderheiten betonte, sich sehr erfreulich gestalteten. Der Bericht verhehlte zwar nicht die schweren Sorgen, die auf der unierten evangelischen Kirche lasten, schloß aber mit einem vertrauensvollen Ausblick in die Zukunft und einem kraftvollen Dennoch.

In den darauf folgenden

Wahlen

wurde der Präses von Klitzing und als sein Stellvertreter Synodale Rhode wiedergewählt. Geistliche Beisitzer wurden die Synodalen Rhode, Aßmann und Morgenroth, die von den Synodalen Smend, Fischer und Barszewski vertreten werden. Weltliche Beisitzer wurden die Synodalen Freiherr von Massenbach, Herlemann und Birschel, als deren Vertreter Schulz-Wollstein, Starke-Bromberg und Stockmann gewählt wurden. Nach der Bildung von vier Ausschüssen für die Fragen der Verfassung, der Finanzen, des Unterrichts und des kirchlichen Lebens wurde die Synode auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr vertagt.

In dem feierlichen

Eröffnungsgottesdienst in der Kreuzkirche,

an dem auch die Posener Gemeinden regen Anteil nahmen, predigte Superintendent Aßmann aus Bromberg über Jes. 26, 13. Das gewaltige Geschehen, das wir in den letzten Jahren erlebt haben und immer noch erleben, hat auch die religiöse Not und Bedrängnis gesteigert. Aber der Hilferuf „Herr, erbarme dich" wandelt sich auch heute noch in ein vertrauensvolles „Ich glaube", daß Gott doch im Regimente sitzt und auch die Not meistert. Die Ausgestaltung des musikalischen Teiles des Gottesdienstes hatte in dankenswerter Weise Pfarrer D. Greulich übernommen, der mit dem Posener Bach-Verein, mit Cello- und Orgelvorträgen und mit dem rhythmischen Gesang der alten Glaubenslieder dem Gottesdienst eine wirkungsvolle Einheitlichkeit gab. pz.

Geschäftliche Mitteilungen.

= **Eine erfreuliche Nachricht.** Unsere Leserinnen werden es freudig begrüßen, daß Maggis Fleischbrühwürfel bei unveränderter vorzüglicher Qualität nur noch 12 Groschen das Stück kosten. Da diese bei ihrer bequemen Verwendungsweise auch Zeit, Arbeit und Feuerungsmaterial ersparen, werden sie sich sicher immer mehr der Gunst der Hausfrauen erfreuen dürfen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 29. Januar.

Zu den Forderungen der Mieterschutzvereine.

In Nr. 20 des „Pos. Tagebl." vom 25. 1. d. Js. wird ein neuer Sturmlauf der Mieterschutzvereine gegen die Hauswirte angekündigt. Die Forderungen sind allerdings, wie dort schon bemerkt wurde, so sinnlos, daß wohl kein Minister darauf eingehen wird. Ich will mich deshalb darauf beschränken, nur einzelne Punkte der von den Mietern aufgestellten Forderungen hervorzuheben.

a) Exmissionen sollen in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Mai, das sind 8 Monate, nicht stattfinden dürfen. Da in die nächsten 4 Monate die Gerichtsferien fallen, so ist der 1. Oktober wieder herangerückt, bevor die gerichtliche Exmission ausgesprochen wird, dann darf aber für die nächsten 8 Monate wieder nicht exmittiert werden. Wenn in der Wohnung des Mieters sich Zentralheizung befindet, wer zahlt dann die Heizkosten? Soll der Hauswirt als einzelner, nach der Verfassung gleichberechtigter Staatsbürger die Armenlasten allein tragen, oder tritt der Magistrat als Armenverband ein? Dann müßten ja aber die Mieter mit bezahlen. Das geht also nicht.

d) Wenn gegen den Wohnungswucher, besonders gegen den Verkauf der Wohnungen unter Mitberechnung von einigem Gerümpel an andere Mieter, eingeschritten wird, so kann kein ehrlicher Hauswirt dagegen Einwendungen machen. Unter Wucher versteht man allgemein logisch die Bereicherung durch übermäßigen Gewinn. Es dürfte sehr schwer fallen, einem Hauswirt, selbst wenn er die gesetzliche Miete etwas überschreitet, einen übermäßigen Gewinn nachzuweisen. Er könnte höchstens wegen Uebertretung des Gesetzes bestraft werden.

Zu den weiteren Forderungen unter d) „Vermietungsbüro" möchte ich doch auf die Art 95, 38 und 126 der Verfassung verweisen, deren Studium ich den Mieterschutzvereinen besonders empfehle. Was nutzt mir die Garantie meines Besitzrechtes an einem Kirschbaum, wenn andere die Kirschen pflücken dürfen.

Zu c) fol. Abs „Besteuerung der Hypothekengewinne". Es ist richtig, daß an den Hypotheken, die mit 15 Prozent zurückgezahlt werden durften, in vielen Fällen bedeutende Gewinne erzielt worden sind. (Schreiber dieser Zeilen hat die Bankhypothek mit Obligationen derselben Bank getilgt.) Diese Gewinne sind aber nicht in die Taschen der Hausbesitzer geflossen. Zum Beweise folgende Aufstellung: Ein Haus, das in Friedenszeit mit 200 000 Mark erbaut und normal zur Hälfte, also 100 000 Mark, verschuldet war, brachte in Friedenszeiten eine Normalmiete von 10 Prozent = 20 000 Mark. Von der Hypothekenschuld von 100 000 Mark wurden 15 Prozent bar zurückgezahlt. Es verbleibt also ein Gewinn von 85 000 Mark, der mit 4—5 Prozent verzinst wurde. Nun haben die Hausbesitzer in den Jahren 1922—23—24, ich will aber nur zwei Jahre annehmen und die Einnahmen der beiden ersten Jahre auf das dritte Jahr legen, überhaupt keine Miete bekommen, die Ausgaben aber behalten. Diese beiden Jahre hätten 40 000 Mark Miete bringen müssen, es ergibt sich also für diese beiden Jahre, abzüglich der zweijährigen Hypothekenzinsen von 85 000 Mark mit 8500 Mark, ein Verlust von 31 500 Mark, der von dem Hypothekenden = 8600 Mark. Die Ersparnisse an Hypothekengewinn beträgt also nur noch 53 500 Mark. Durch das Mieterschutzgesetz sind 43 Prozent netto von der Bruttomiete von 20 000 Mark gekürzt worden= 8600 Mark. Die Ersparnisse an Hypothekenzinsen von 53 500 Mark betragen 2675 Mark. Es ergibt sich also ein jährlicher Verlust von rd. 6000 Mark, die weiter als Amortisation des noch verbliebenen Hypothekengewinnes zu betrachten sind, so daß heute kaum noch etwas von dem Gewinn übrig ist. Wo sind nun aber alle diese Gewinne, die weder der Hauswirt, noch der Staat erhalten haben, geblieben? Sie sind in Gestalt von billigen Mieten an die privilegierten Altmieter geflossen, die heute durch die Mieterschutzvereine für eine Besteuerung der Hypothekengewinne eintreten. Wir Hauswirte haben nichts dagegen, wenn man sich an die richtige Adresse wendet. Das Rechtsgefühl der meisten Menschen wird nicht im Gehirn, sondern im Portemonnaie erzeugt.

Ein Hausbesitzer.

⚔ **Eisenbahnfahrpreisermäßigung für Schüler.** Während der sogenannten „kleinen Ferien" vom 30. Januar bis 4. Februar hat der Verkehrsminister den Schülern die übliche Fahrpreisermäßigung zugebilligt.

⚔ **Studentische Stipendien des Posener Magistrats.** Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung acht städtische Stipendien für Studenten der Posener Universität festgesetzt. In den vorausgegangenen Jahren hatte der Magistrat je fünf Stipendien bewilligt.

⚔ **Der Durchgangsverkehr für Eilzüge von Görlitz über Glogau—Fraustadt nach Lissa mit Anschluß nach Posen und Warschau** war wieder einmal Beratungsgegenstand der Verkehrsvereinigung für Nord-Niederschlesien bei ihrer letzten Tagung im Laufe der vergangenen Woche in Glogau. Die Vereinigung will sich nunmehr mit aller Kraft für die Einrichtung dieser Verkehrslinie einsetzen.

⚔ **Um die Alkoholausschankkonsense.** Die Legion der polnischen Kriegsinvaliden, Wojewodschaftsteil in Posen (Legia Inwalidów Wojsk Polskich, Zarząd w Poznaniu) fordert alle diejenigen, denen der Konsens zum Ausschank von Alkohol gekündigt ist, die ihn aber behalten möchten, auf, sich bis 15. Februar im Sekretariat, ul. Wodna 26 (fr. Wasserstr.), schriftlich zu melden.

⚔ **Todesfall.** Im Alter von 69 Jahren ist der Propst in Targowagorka, Kreis Schroda, Jan Raabe, gestorben.

⚔ **Großzügiger Versicherungsschwindel.** Da in der heutigen Zeit die Einsicht über die Notwendigkeit einer Lebensversicherung noch sehr wenig Platz gegriffen hat, so fiel in einer Versicherungsgesellschaft ein Agent angenehm auf, der im Gegensatz zu seinem Kollegen eine große Zahl von Versicherten zur Anmeldung brachte. Es handelte sich größtenteils um junge und gesunde Menschen, denen der Versicherungsarzt das denkbar beste Attest ausstellen mußte. Sie wurden selbstverständlich zur Versicherung angenommen. Dem tüchtigen Agenten gegenüber wollte sich die Gesellschaft erkenntlich erzeigen und zahlte ihm die ihm zustehende Provision aus, bevor noch die Versicherten die erste Prämie bezahlt hatten. Eines Tages brachte der Agent einen ganz besonders guten Kunden: Es handelte sich angeblich um einen Offizier der Feuerwehr in Königshütte, der sich auf die Summe von 5000 Dollar versichern lassen wollte. Er erschien in Uniform in dem Versicherungsbüro, unterschrieb die Deklaration, wurde untersucht und schließlich versichert, und der Agent steckte eine beträchtliche Summe als Versicherungsprovision ein. Nach einiger Zeit stellte sich heraus, daß die Versicherten nicht ihre Beiträge bezahlen wollten, und die Direktion der Gesellschaft untersuchte schließlich alle von dem „tüchtigen Agenten" zum Abschluß gebrachten Versicherungen, und es zeigte sich, daß man einem Schwindel zum Opfer gefallen war. Alle Versicherten waren Arbeitslose, einschließlich des Feuerwehrleutnants aus Königshütte, und alle hatten mit dem Agenten zusammengearbeitet, mit dem sie sich den Raub bzw. die Provision teilten.

⚔ **Wochenmarktspreise.** Der heutige Mittwochs-Wochenmarkt war bei reicher Zufuhr mittelmäßig besucht. Gezahlt wurden für das Pfund Tafelbutter 2,60—2,90, für Landbutter 2,30 bis 2,50, für das Liter Milch 38 Groschen, die Mandel Eier bezahlte man mit 2,20—2,80. Auf dem Gemüse- und Obstmarkt zahlte man für das Pfund Weißkohl 35, Rotkohl 40, Wirsingkohl 30, Blumenkohl 40—50, Kohlrüben 10, Wruken 10 bis 15, Grünkohl 20, Rosenkohl 80, Zwiebeln 15, Kartoffeln 5, Mohrrüben 10, Aepfel 0,50—1,40, für eine Zitrone 14—20, für das Pfund Gänsefleisch 2,00—2,10, für das Pfund Ente 2,00 bis 2,10, für einen Hasen ohne Fell 9,00, mit Fell 12 Złoty. Die Fleischpreise waren unverändert. Auf dem Fischmarkt kostete das Pfund Schleie 2—2,50, Hechte 1,50—2, Karpfen 1,80—2, Zander 3, Bleie 1,20—1,50, Barsche 0,60—1,20, Weißfische 40—80 Groschen.

⚔ **Tödlicher Fliegerunfall.** Bei einem Uebungsflug in Ławica ist der Unteroffizier Laskowski ums Leben gekommen. Er wollte sich durch einen Fallschirm retten; da sich dieser aber wegen der geringen Höhe, aus der der Absturz erfolgte, noch nicht entfalten konnte, erlitt der Pilot den Tod.

⚔ **Erste Februar-Auktion der Danziger Herdbuchgesellschaft.** Am Mittwoch, dem 5., und Donnerstag, dem 6. Februar, kommen in der Auktionshalle Langfuhr zum Verkauf: 55 Bullen, 250 Kühe und 260 Färsen. U. a. wird der auf der letzten Bullenprämiierung als bester Bulle der Schau bezeichnete Bulle „Hildur" von E. Wiens-Brodsack verkauft. Außerdem werden noch mehrere von mit 7—10 000 Kilogr. in das Deutsche Rinderleistungsbuch eingetragenen Müttern und Großmüttern abstammende Söhne und Enkel versteigert. Infolge des großen Auftriebes ist bei den weiblichen Tieren mit nicht sehr hohen Preisen zu rechnen. Das Zuchtgebiet ist völlig frei von Maul- und Klauenseuche. — Interessenten erhalten Kataloge kostenlos von der Herdbuchgesellschaft Danzig, Sandgrube 21.

⚔ **Explosion eines Azetylenkessels.** In den Eisenbahnwerkstätten waren beim Schweißen von Eisenblechen mit Azetylen 15 Arbeiter beschäftigt. Plötzlich erfolgte eine Explosion des Kessels mit Azetylen, wobei das Scheibendach in Stücke ging. Ernste Verletzungen erlitt der 45jährige Ludwik Klafański, ul. Wyspiańskiego (fr. Hardenbergstr.); leichter verletzt wurde Stanisław Janusz; die übrigen Arbeiter kamen unverletzt davon.

⚔ **Schwerer Unfall.** Der bei der Firma „Akwawit" beschäftigte 30jährige Monteur Józef Palaczyk fiel aus der Höhe des 2. Stocks auf den eisernen Boden, verletzte sich die Wirbelsäule schwer und erlitt eine Gehirnerschütterung. Er wurde dem Stadtkrankenhause zugeführt, wo er mit dem Tode ringt.

⚔ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem Teofil Woderski 125 Złoty; einer Zofja Benyskiewicz, ul. Murna 3 (fr. Mauergasse), eine Armbanduhr; der Firma „Polski Przemysł Ludowy", St. Martinstr. 11, zwei Pelze im Gesamtwerte von 4300 Złoty; aus dem Geschäft von Marjan Gmurowski, Plac Wolności 10 (fr. Wilhelmsplatz), etwa 27 Meter schwarze Seide im Werte von 750 Złoty.

⚔ **Vom Wetter.** Heut, Mittwoch, früh stand bei schwachem Nebelfall und bei bewölktem Himmel das Thermometer auf dem Gefrierpunkt.

⚔ **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Donnerstag, 30. Januar: 7.48 und 16.39 Uhr.

⚔ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Mittwoch, früh + 0,50 Meter, gegen + 0,42 Meter gestern früh.

⚔ **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

⚔ **Nachtdienst der Apotheken** vom 25. Januar bis 1. Februar. Altstadt: Apteka Sapieżyński, Plac Sapieżyński 1; Apteka pod Eskulapem, Plac Wolności 13; Apteka pod Złotym Lwem, Stary Rynek 75; Apteka Chwaliszewska, Chwaliszewo 76. — Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ul. Marsz. Focha 47. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. — Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — Ständigen Nachtdienst haben folgende Apotheken: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

⚔ **Rundfunkprogramm** für Donnerstag, 30. Januar. Uebertragung aus Kattowitz. 11.20—11.35: Vortrag: „Die Entwicklung der Schule in Oberschlesien". 11.35—11.55: Uebertragung aus einer Elementarschule. 11.50—12: Zeitzeichen aus Warschau. 12—14: Konzert des Funkorchesters. 14—14.15: Notierungen der Effekten. 14.15—14.30: Landw. Mitteilungen der Pat., Bericht über den Schiffsverkehr usw. 16—16.15: Mitteilungen des poln. Wirtschaftsverbandes. 16.15: Uebertragung aus einem Eisenwerk in Chorzów. 16.35—16.40: Violinintermezzo. 16.40—16.55: Vortrag: „Natureigentümlichkeiten in Oberschlesien". 16 55—17.10: Konzert. 17.10—17.15: Ansprache des Bischofs von Oberschlesien". 17.15—17.35: Uebertragung aus der Friedenshütte in Neu-Beuthen. 17.35—17.40: Ansprache des Wojewoden von Oberschlesien. 17.40 bis 18: Solistenkonzert. 18—18.15: Vortrag: „Schwarze Diamanten". 18—18.35: Uebertragung aus dem Staatsbergwerk von „Skarboferme". 18.35—18.45: „Die oberschlesische Frau". 18.45—19.15: Vortrag: „Die Beskiden". 19.15—19.35: Uebertragung aus der Zinkmine „Hohenlohe" in Welnowiec. 19.35—19 55: Oberschlesische Volkslieder. 19.55—20.25: Beiprogramm. 20.25—20.45: Konzert. 20.45—20.55: Kulturleben in Oberschlesien. 20 55—21.05: Konzert. 21.05—22.05: Sendespiel. 22.05—22.20: Feuilleton. 22.20—22.35: Dialektplauderei. 22.35—23: Zeitzeichen, Mitteilungen der Pat., Sport. 23—24: Konzert.

⚔ **Programm des Deutschlandsenders** für Donnerstag, 30. Januar. Königswusterhausen. 9: Zwiegespräch. 9.30: „Der junge Mozart". 10.35: Mitteilungen des Verbandes der preußischen Landgemeinden. 12: Grammophon- bzw. Brunswickplatten. 14: Schallplattenkonzert. 15: Vortrag: „Berufsschule für Kaufleute". 15 45: Frauenstunde. 16: Gespräch über staatsbürgerliche Erziehung. 16.30: Nachmittagskonzert von Berlin. 17.30: Dichterstunde. 18: Vortrag: „Die Not der schlesischen Grenzgebiete". 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Vortrag: „Was bringt die grüne Woche?" 19.20: Vortrag: „Unternehmung und Steuer". 20: Gegenwartsfragen. 20: Sendespiele. 22.30: Funk-Tanzunterricht für Fortgeschrittene. Anschließend bis 00.30: Tanzmusik.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Lissa i. P.,** 28. Januar. Am Sonnabend brannte in Retschke, Kreis Lissa, die Scheune und ein Teil des Kuhstalles des Landwirts Bruno Kurz nieder. Der Schaden beträgt 10—15 000 Złoty. Die Brandursache ist bisher nicht ermittelt. — Durch einen schadhaften Schornstein brannte am vergangenen Sonntag im Geschäft St. Stanisławski ein Teil der Lagerbestände an Wäsche und Leinwand. Der Brandschaden ist nicht erheblich. — Eine neue Zeitung, der „Dziennik Leszczyński", hat mit dem 28. Januar ihr Erscheinen in Lissa angesagt. Das Blatt verspricht, den Interessen aller Stände zu dienen und soll keinen parteipolitischen Charakter tragen.

□ **Rogasen,** 28. Januar. Die Generalversammlung des „Verbandes der Kriegsinvaliden Bezirk Rogasen" findet am Sonntag, 2. Februar, um 13½ Uhr im Saale von Wieczorek statt.

* **Wirsitz,** 28. Januar. Bei einer Hochzeit in Patorek stach der 18jährige Jan Prymula den gleichaltrigen Bernhard Kosmatka derart, daß er an den Folgen starb. Der Täter wurde verhaftet.

Das deutsch-polnische Roggenabkommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Roggenabkommen stehen kurz vor ihrem endgültigen Abschluss auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Das endgültige Zustandekommen von gemeinsamen Richtlinien für den Roggenexport hängt jedoch noch davon ab, dass die beiderseitigen Regierungen ihre Zustimmung zu der vorläufigen Vereinbarung erteilen und dass innerhalb der Uebergangszeit, die voraussichtlich bis zum 10. Februar laufen wird, ein weitergehender Vertrag mit Gültigkeit mindestens für das laufende Getreidewirtschaftsjahr geschlossen werden kann. Nach dem vorläufigen Abkommen übernimmt Deutschland eine bestimmte Roggenmenge von Polen, welche sich um 35 000 to bewegen dürfte. Als Entgelt dafür verpflichtet sich Polen, für den erwähnten Zeitraum vorläufig keine Exportprämien zu zahlen. Damit dürfte der polnische Roggenexport faktisch unterbunden werden.

Wie verlautet, hat der Reichsernährungsminister den Inhalt der Vereinbarung genehmigt. Polnischerseits ist Herr Mieczysław Sokołowski, Direktor des Handelsdepartements im polnischen Industrie- und Handelsministerium, in Berlin eingetroffen und führt seit Sonnabend, 25. d. Mts., mit den deutschen Unterhändlern weitere Verhandlungen, die voraussichtlich zum Vertragsabschluss führen werden.

Die Verhandlungen dürften das Ergebnis haben, dass die Getreideindustrie und Kommissions-A.-G. einen etwa 15- bis 20prozentigen über dem polnischen Marktpreis liegenden Preis bezahlt. Die endgültigen Abmachungen werden, wie man uns von zuverlässiger Seite versichert, nicht weit von den mitgeteilten Einzelheiten abweichen.

*

Die deutsch-polnischen Roggenverhandlungen sind von uns seit ihrem Beginn eingehend gewürdigt worden. U. a. sind sämtliche Beweggründe angeführt worden, welche sowohl polnischerseits, als auch deutscherseits die Verhandlungen entscheidend beeinflusst haben. Ein Motiv, welches den anderen nicht nachsteht, u. E. aber noch nicht genügend gewürdigt wurde, ist die kolossale Preisdifferenz zwischen den neuen Roggennotierungen in Berlin und in Warschau. Diese Preisdifferenz zwischen Berlin und Warschau betrug in den letzten 3 Monaten durchschnittlich 11,75 zł, d. i. etwa der Wert des deutschen Einfuhrscheins minus Beförderungskosten nach den baltischen Häfen. Wenn man nun die polnische Ausfuhrprämie von 6 zł dabei in Betracht zieht, so ergibt sich eine effektive Ausfuhrpreisdifferenz von 17,75 zł. Das bedeutet praktisch, dass der polnische Roggen auf den ausländischen Absatzmärkten die deutschen Preise bis 6 zł unterbieten kann. Diese Erwägungen machen es verständlich, dass die deutschen Unterhändler die Roggenverhandlungen nicht ohne weiteres abbrechen konnten. Bei einem Nichtzustandekommen des Vertrages würden zwar die deutschen Inlandspreise einigermassen anziehen, da der Scheuerkonzern grössere Termingeschäfte mit dem Auslande durchgeführt hat und die Deckung in Deutschland vornehmen müsste. Auf eine längere Dauer gerechnet, würde jedoch der Abbruch der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen eine weitere Preisbaisse für den deutschen Roggen zur Folge haben.

Die staatlichen Getreideelevatoren, die auf Rechnung der Agrarbank verwaltet werden, haben am 22. Januar 20 000 to Roggen nach dem Auslande verkauft. Wie uns von zuverlässiger Stelle gemeldet wird, vermittelt der Scheuerkonzern den Verkauf. Die Menge soll auf das noch festzustellende Kontingent angerechnet werden.

Die deutsch-polnischen Roggenverhandlungen haben in den interessierten Kreisen oft die Frage aufgeworfen, welche Rolle Deutschland im polnischen Aussenhandel mit Roggen nach dem Kriege gespielt hat. Diese Frage lässt sich an Hand nachstehenden Zahlenbildes beantworten.

	Gesamteinfuhr Polens	Einfuhr aus Deutschl.	%	Gesamtausfuhr Polens	Ausfuhr nach Deutschl.	%
1921/22	10 588	53	24 %	29 796	4 273	14 %
1922/23	156	37	24 %	222	107	48 %
1923/24	86	25	29 %	63 089	6 683	11 %
1924/25	65 576	24 017	37 %	43 709	17 386	40 %
1925/26	1 504	1 076	71 %	322 011	68 514	21 %
1926/27	123 982	31 956	26 %	81 650	15 844	19 %
1927/28	105 210	63 909	61 %	8 976	8 364	96 %
1928/29	17 843	9 234	52 %	73 945	24 837	34 %
1929 Aug./Nov.	23	23	100 %	91 578	25 199	27 %

Polens Staatsschulden gegenüber Frankreich. Die Staatsschulden gegenüber Frankreich beliefen sich am 1. Januar 1930 auf 1 078 269 933,42 fr. Fr. Von dieser Summe entfallen auf:

1. Organisation der Haller-Armee	442 000 000
2. Verbindlichkeiten des polnischen Nationalkomitees in Paris	2 105 864,58
3. Kriegsmaterial	409 000 712,48
4. Reliefkredite	254 800
5. 5prozentige Anleihe	216 088 796,35
6. Verschiedenes	5 819 760,01
7. Schulden an die französischen Eisenbahndirektionen	3 000 000

Einführung eines neuen Sparsystems. Eine Posener Bank ist auf den Gedanken gekommen, die Spartätigkeit der Bevölkerung durch Ausgabe von Wertmarken zu 5, 10, 20 und 50 Groschen zu fördern. Dieses System wurde im Einvernehmen mit dem Schulkuratorium für die Wojewodschaft Posen eingeführt und soll in allen Schulen und öffentlichen Anstalten eifrig propagiert werden. Das Sparen mit Hilfe von Wertmarken ist sehr einfach. In gewissen Zeitabständen verabfolgt die Bank gegen Aushändigung des Wertmarkenbuches ein Sparkassenbuch über die gegebene Summe nach Zurechnung der üblichen Zinsen.

Danzigs Jahres-Seeverkehr 1929. — Rückgang des Schiffsverkehrs gegenüber den letzten Jahren. Das Jahr 1929 brachte im Danziger Schiffsverkehr eine Verminderung gegenüber den letzten Jahren, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht:

	Eingang Schiffe	Eingang Nrgto.	Ausgang Schiffe	Ausgang Nrgto.
1926	5967	3 432 480	5963	3 395 840
1927	6950	3 899 854	6942	3 932 575
1928	6870	4 084 727	6854	4 077 330
1929	6173	3 938 893	6291	3 945 261

Während also von 1926 ab, d. h. unmittelbar nach dem Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges, der Danziger Seeverkehr von Jahr zu Jahr einen Aufstieg zu verzeichnen hatte, ist im abgelaufenen Jahre namentlich die Schiffszahl geringer geworden, während bei der Tonnage durch das Einlaufen grösserer Schiffe der Unterschied gegenüber dem Vorjahre geringfügiger ist. Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass im Jahre 1929 das neue Massengutbecken Weichselmünde in Betrieb genommen wurde und dass der Danziger Hafen dadurch in seiner Leistungsfähigkeit eine wesentliche Steigerung erfahren hat. Wenn trotzdem der Schiffsverkehr geringer geworden ist, obwohl ausser der erwähnten Benützung des Bassins in Weichselmünde auch noch ein Teil des polnischen Munitionsbeckens der Handelsschiffahrt zur Verfügung stand, so ist darin ein weiteres Zeichen dafür zu erblicken, dass die Ausnutzung des Danziger Hafens im vergangenen Jahre nur in sehr beschränktem Masse erfolgt ist. Die Gründe für diesen Rückgang sind einmal in der Frostperiode zu suchen, die in den ersten Monaten 1929 den Danziger Hafen vereiste, ferner aber auch in der Konkurrenz von Gdingen, dessen Schiffsverkehr und Umschlag im letzten Jahre wesentlich zugenommen hat. Nach vorläufigen Angaben sind in Gdingen im letzten Jahre 1544 Schiffe eingelaufen gegenüber 1106 Schiffen im Jahre 1928. Was das Flaggenbild anbelangt, so zeigen sich im letzten Jahre insofern Veränderungen, als der englische Anteil zurückging, die polnische Flagge dagegen bedeutend zahlreicher vertreten war. Der Auswandererverkehr ging von 37 172 Personen im Jahre 1928 auf 30 700 Personen im Jahre 1929 zurück.

Konvertierung städtischer Anleihen. Der Regierungskommissar für Konvertierung von Obligationen der Stadt Warschau hat die Konvertierungsprojekte für die „6prozentige Anleihe der Stadt Warschau vom Jahre 1917", sowie für die „6prozentige Anleihe der Stadt Warschau vom Jahre 1917, emittiert im Jahre 1919", genehmigt. Demzufolge wird die erstgenannte Anleihe auf der Basis von 100 Mark gleich 14.28 zł, die zweite auf der Basis 100 Mark gleich 7.70 zł konvertiert. Die Amortisationsfrist für beide Anleihen beläuft sich auf 36 Jahre.

Märkte.

Getreide. Posen, 29. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań

Richtpreise:

Weizen	35.50—36.50
Roggen	22.50—23.00
Mahlgerste	21.75—22.25
Braugerste	24.50—26.50
Hafer	16.50—17.50
Roggenmehl (70%) nach amtl. Typ	35.50
Weizenmehl (65%)	55.50—59.50
Weizenkleie	16.00—17.00
Roggenkleie	14.00—15.00
Felderbsen	30.00—33.00
Viktoriaerbsen	34.00—42.00
Folgererbsen	33.00—38.00
Seradella	20.00—24.00
Blaulupinen	20.00—22.00
Gelblupinen	23.00—25.00
Roggenstroh, lose	2.75—3.00
Roggenstroh gepresst	3.90—4.00
Heu, lose	7.50—8.50
Heu, gepresst	9.00—10.00

Gesamttendenz: ruhig.

Anm.: Die Schwächung der Auslandsmärkte hat eine Beruhigung des Inlandsmarktes bewirkt. Schwacher Mehlabsatz.

Warschau, 28. Januar. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg franco Warschau im Markthandel: Roggen 21—21.50, Weizen 36.50 bis 37.50, Einheitshafer 19—20, Grützgerste 20—21, Braugerste 26—27, Felderbsen 35—38, Weizenauszugsmehl 68—71, Sorte 4/0 59—61, Roggenmehl 37.50—38.50, Weizenkleie 20—20.50, mittlere Sorten 15.50—16.50, Roggenkleie 11—11.25, Leinkuchen 37—38, Rapskuchen 29—30.

Produktenbericht. Berlin, 29. Januar. Infolge des unbefriedigenden Mehlgeschäftes bleibt die Aufnahmeneigung sehr gering, auch die Erholung am Schluss der gestrigen nordamerikanischen Terminmärkte vermochte keine Anregung zu bieten. Inlandsweizen zur prompten Verladung war nur mässig und zu kaum nachgiebigen Preisen angeboten, die Mühlen versuchen jedoch, angesichts der Preisrückgänge im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft, die auf Realisationen der Provinz zurückzuführen waren, 1 Mark unter gestrigen Preisen anzukommen. Roggen zur prompten Verladung steht weiter ziemlich reichlich zur Verfügung, man glaubt, dass das herauskommende Material von der mit der Stützung betrauten Stelle aufgenommen werden wird. Das Preisniveau dürfte allerdings 1 Mark unter dem gestrigen bei der amtlichen Notiz ermittelten liegen. Am Lieferungsmarkt musste dieselbe Stelle bei der Eröffnungsnotiz zirka 1500 t Märzroggen aufnehmen, trotzdem stellte sich der Preis 1 Mark niedriger. Weizen- und Roggenmehle weiter in kleinem Geschäft, wobei die Mühlen zu Preiskonzessionen bereit sind. Hafer und Gerste sind nach wie vor über Bedarf angeboten und liegen matt.

Rauhfutter. Berlin, 28. Januar. (Erzeugerpreise) per 50 kg ab märkischer Station, in Reichsmark: Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1.30—1.50, do. Weizenstroh 1.25—1.35, do. Haferstroh 1.15—1.30, do. Gerstenstroh 1.10—1.20, Roggenlangstroh 1.25—1.45, bindfdgepr. Roggenstroh 1.10—1.30, do. Weizenstroh 1—1.15, Häcksel 1.90—2.15, gutes Heu 2.80—3.30, Thymotee 4.10—4.50, Kleeheu lose 4—4.40, drahtgepr. Heu 40 Pf. über Notiz. Tendenz: sehr ruhig.

Berlin, 28. Januar. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin. Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg, in Mark: Weizen märk. 244—247, März 261—259½, Mai 272 bis 270½, Roggen märk. 160—163, März 182—181, Mai 189½—188, Braugerste 170—180, Futter- und Industriegerste 147—158, Hafer 131—141, mecklenburger Weisshafer, waggonfrei Berlin 158 Geld, März 147½—146, Mai 157—155½, Mais 166, rumänischer 166, Weizenmehl, 100 kg 29.50—35, Roggenmehl, 100 kg 22—25, Weizenkleie 9.50—10, Roggenkleie 8.25 bis 8.75, Viktoriaerbsen 23—31, kleine Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 18.50—20, Peluschken 17.50 bis 19.50, Ackerbohnen 18—19, Wicken 21—24, blaue Lupinen 14—15, gelbe Lupinen 17—18, Seradella, neue 25—30, Rapskuchen 16.75—17.25, Leinkuchen 21.60 bis 22, Trockenschnitzel 7.20—7.40, Soya-Extraktions-Schrot 14.60—14.90, Kartoffelflocken 13.60—14. Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen per März 261—259½ (Vortag: 262), per Mai 272—270½ (273½), Roggen per März 182—181 (182½), per Mai 189½—188 (190½). Hafer per März 147½ bis 146 (149), per Mai 157—155½ (158½).

Schlachtviehmarkt. Berlin, 28. Januar. Amtlicher Bericht. (Für 1 Zentner Lebendgewicht.) Auftrieb: Rinder 1245, darunter Ochsen 295, Bullen 364, Kühe und Färsen 586, Kälber 2300, Schafe 2863, zum Schlachthof direkt 1124, Schweine 9370, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 1887. Auslandsschweine 3892. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schliessen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Marktverlauf: Bei Rindern und Schweinen ruhig, bei Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen langsam, bleibt Ueberstand. I. Rinder: vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts, jüngere 57—60, sonstige vollfleischige, jüngere 52—55, fleischige 47—50, gering genährte 37—44. Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 53 bis 54, sonstige, vollfleischige oder ausgemästete 51—52, fleischige 48—50, gering genährte 44—46. Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 40—45, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 30—38, fleischige 25—28, gering genährte 20—24. Färsen (Kalbinnen): vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts 53—54, vollfleischige 48—50, fleischige 35—45. Fresser: mässig genährtes Jungvieh 36 bis 46. II. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 80—92, mittlere Mast- und Saugkälber 60—78, geringe Kälber 48—58. III. Schafe: Stallmast 67—69, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel 60—65, gut genährte Schafe 48—52, fleischiges Schafvieh 45—57, gering genährtes Schafvieh 40—44. IV. Schweine: Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht 78—80, vollfleischige Schweine von zirka 240—300 Pfund Lebendgewicht 80—82, vollfleischige Schweine von zirka 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht 80—82, vollfleischige Schweine von zirka 160—200 Pfund Lebendgewicht 77—80, fleischige Schweine von zirka 120—160 Pfund Lebendgewicht 74—76, Sauen 68—69.

Myslowitz, 27. Januar. In der Zeit vom 20. bis zum 24. Januar kamen auf den Markt: 80 Bullen, 64 Rinder, 850 Kühe, 120 Färsen, 64 Kälber und 2030 Stück Borstenvieh. Insgesamt 3208 Tiere. Für ein Kilogramm Lebendgewicht wurde bezahlt: Bullen 1.12—1.25 zł; Rinder 1.20—1.60 zł; Kühe 1.15—1.60 zł; Färsen 1.15—1.60 zł; Borstenvieh: a) 2.50—2.65 zł; b) 2.40—2.43 zł; c) 2.28—2.39 zł; d) 2.05—2.27 zł.

Butter. Berlin, 28. Januar. Die amtliche Berliner Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grosshandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war am 28. Januar für I. Qualität 1.55 RM, II. Qualität 1.40 RM, abfallende Qualität 1.25 RM für ½ kg. Tendenz: stetig.

Posener Börse.

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	29. 1.	28. 1.
8% Staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.)	49.50G	49.50G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	—	
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	91.50B	91.75B
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	38.25G	38.25G
Notierungen in Stück:		
6% Rogg.Br. der Posener Ldsch. (1 D-Zentner)	—	—
8% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	75.00G	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	120.00G	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: unverändert.

Industrieaktien.

	28. 1	28 1		29. 1	28. 1.
Bank Polski	—	181.00G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorow	—	—
Bk. Przemysł.	—	30.00G	Herzf.-Viktor.	46.00B	—
Bk.Zw.Sp.Zar.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk.Ziemian	—	—	Dr. Roman May	78.00+	78.00+
Bk. Stadhag.	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P.Sp.Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	43.00G	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unia	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Grodek Elekt.	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: unverändert.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz

Warschauer Börse.

Börsenstimmungsbild. Warschau, 28. Januar. Das Geschäft an der hiesigen Börse geht täglich weiter zurück. Der heutige Kurszettel weist sogar nur 6 amtliche Notierungen auf, die sich grösstenteils auf den Bank- und Metallmarkt beschränken. Es liegen auch für einige Favoriten grössere Orders vor, meistens kommt aber in diesen Werten keine Ware an den Markt. Die Tendenz ist ausgesprochen schwach. Bank Polski verlor 50 gr, Bank Zachodni sogar 3 zł, während Bank Przemysłowy Lemberg 5 zł und Bank Związku 1 zł gewannen. Der Metallmarkt ist uneinheitlich, Modrzejów verlor weitere 50 gr, Starachowice gewannen ebenso viel. An allen andere Märkten kam es zu keinen Abschlüssen.

Die grosse Geschäftsstille des Aktienmarktes hat sich auf den Markt für festverzinsliche Werte übertragen. Sogar die Prämienanleihen konnten heute nicht immer untergebracht werden. Die Dolarówka verlor 75 gr und die Investierungsanleihe 1.50 zł. Andere Staatsanleihen und Obligationen der Staatsbanken unverändert. Für private Pfandbriefe war die Nachfrage lebhaft aber geteilt. Die Tendenz war uneinheitlich.

Auch am Devisenmarkt ist ein weiterer Rückgang des Umsatzes festzustellen. Weder der Dollar noch europäische Banknoten wurden gefragt. Tendenz weiterhin schwach. Behauptet blieb allein Devise Wien, während der Rest der amtlich notierten Werte bis zu 19 gr verlor.

Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.865, Goldrubel 4.61, Czerwoniec 1.67 Dollar, Kabel New York 8.915.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.71, Budapest 155.89, Bukarest 5.30, Helsingfors 22.41, Spanien 114.10, Kopenhagen 238.45, Talinn 237.70, Riga 171.55, Stockholm 239.30, Danzig 173.40, Berlin 212.97, Montreal 8.80, Sofia 6.45.

Fest verzinsliche Werte.

	28. 1	27. 1.
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	77.25	76.00
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	49.75	49.75
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	—	78.25
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	—	—
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100G.-zł)	123.50	125.00
7% Stabilisierungsanleihe	—	—

Industrieaktien.

	28. 1.	27. 1.		28. 1	27. 1
Bank Polski	183.50	184.00	Węgiel	—	—
Bank Dyskont.	—	124.00	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	77.00	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	78.50	78.50	Cegielski	—	—
Gródzisk	—	—	Lilpop	—	—
Pula	—	—	Modrzejów	14.50	15.00
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	61.00
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. Tow. Elekt.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	22.00	21.80	Roha	—	—
Brown Bovery	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	96.00	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	61.50
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Goślawice	+	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	+	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	101.50
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Lasy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—
	—				

Tendenz: schwach.

Amtliche Devisenkurse.

	28. 1 Geld	28. 1 Brief	27. 1 Geld	27. 1 Brief
Amsterdam	357.21	358.01	357.40	358.20
Berlin*)	212.82	213.24	212.83	213.25
Brüssel	123.84	123.46	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.26	43.48	43.265	43.48
New York	8.887	8.917	8.879	8.919
Paris	34.92	35.10	34.93	35.11
Prag	26.30	26.43	—	—
Rom	46.52	46.76	46.55	46.79
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Wien	125.14	125.76	125.14	125.76
Zürich	171.75	172.61	171.82	172.62

*) Ueber London errechnet. * ohne Umsatz

Tendenz schwach.

Danziger Börse.

Danzig, 28. Januar. Warschau 57.56—57.70, Złoty 57.59—57.73, London 25.005—25.0075, Berlin 122.676 bis 122.984.

Im Privathandel werden gezahlt für 100 Gulden 173.40 zł, New York 5.14, Dollar gegen Złoty 8.916.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 29. Januar. Heute vormittag konnte sich infolge des fast völligen Fehlens von Anregungen kein Geschäft entwickeln. Der glatte Verlauf der Liquidation liess Befürchtungen für den Zahltag nicht mehr aufkommen. Die Gewinne gegen die letzte Liquidation gaben zu Hoffnungen Anlass, dass einige Mittel zur Neuanlage freiwerden würden. Andererseits gaben die in der letzten Woche um 90 000 Personen vermehrte Zahl der Arbeitslosen, das unter Schwankungen schwache New York, die schwebenden Tariffragen und anderes der Spekulation Grund zur Zurückhaltung. So konnte sich eine einheitliche Tendenz nicht bilden, doch kann man im allgemeinen sagen, dass unter Berücksichtigung des Reportgeldes das Niveau etwa behauptet lag. Etwas lebhafteres Interesse war heute für Montanwerte zu beobachten. Man sprach davon, dass ausser rheinischen Käufen Hamburg für amerikanische Rechnung im Markte sei. Diese Tatsache konnte jedoch die allgemeine Unsicherheit nicht überwinden, besonders da am Farbenmarkt neue Abgaben vorgenommen wurden. Die Vorgänge an diesem Markt sind ausserordentlich schwer zu durchschauen, und es war über das Rheinstahlpaket der I. G. nichts Neues zu erfahren. Dagegen scheinen sich die Transaktionen am Montanmarkt etwas zu klären, doch sind hier die Verhandlungen über die Abgabe des Phönix-Paketes des Otto Wolff-Konzerns an die Gruppe Flick noch nicht zum Abschluss gelangt. Auffallend schwach lagen zu Beginn Svenska und Braubank. Im Verlauf der Börse kam es bei kleinen Schwankungen überwiegend zu Besserungen. Schubert und Salzer, Erdöl und Gelsenkirchen waren lebhafter gefragt. Reichsbank gewannen auf die Meldung, dass die am 15. Februar stattfindende Generalversammlung sich mit einer Aenderung des Bankgesetzes beschäftigen werde, 4 Prozent. Auch Polyphon 4 Prozent höher. Schiffahrtswerte lagen mit Besserungen von 1 bis 1½ Prozent freundlicher. Chadeaktien, die anfangs ausgesetzt wurden, notierten später 340 Mark, d. h. plus 10 Mark. Bei nachlassendem Geschäft ergaben sich späterhin wieder Abbröckelungen. Anleihen ruhig, Pfandbriefmarkt uneinheitlich. Am Devisenmarkt Spanien steigend im Zusammenhang mit dem Rücktritt Primo de Riveras. Am Geldmarkt war ziemlich starkes Angebot in Leihdevisen vorhanden, die Sätze für inländisches Geld waren nicht verändert, vereinzelt hörte man Tagesgeld schon mit 4 Prozent.

Terminpapiere.

(Anfangskurse.)

	29. 1.	28. 1.		29. 1.	28. 1.
Dt. R.-Bahn	89.12	89.37	Goldschmidt	—	69.25
A.G.f.Verkehr	115.25	113.25	Hbg. Elk.-Wk.	134.37	133.50
Hamb. Amer.	103.75	103.12	Harpen. Bgw.	141.00	141.25
Hb. Südam.	169.00	—	Hoesch	118.50	116.50
Hansa	—	—	Holzmann	—	—
Nordd. Lloyd	104.00	103.75	Ilse Bgbau.	251.00	249.50
A.Dt.Kr.Anst.	123.00	122.25	Kali. Asch.	221.00	220.00
Barmer Bank	126.00	125.00	Klöcknerw.	105.50	104.25
Berl.Hls.-Ges.	184.75	182.50	Köln-Neuess.	116.00	114.25
Com.u.Pr.-Bk.	156.75	156.50	Löwe, Ludw.	—	—
Darmst. Bank	241.00	239.00	Mannesmann	109.50	107.00
Deutsch.Bank	151.25	150.50	Mansf. Bergb.	110.50	108.50
Disc.-Ges.	—	150.50	Metallwaren	—	—
Dresdner Bk.	152.00	151.25	Nat. Auto-Fb.	21.25	—
Mtdtsch.K.Bk.	—	—	Oschl. Eis. Bd.	80.75	78.75
Schulth. Patz.	278.00	276.00	Oschl. Koksw.	103.37	101.00
A. E. G.	171.25	170.25	Orenst. u. Kop.	—	74.50
Bergmann	207.00	—	Ostwerke	211.25	—
Berl. Masch.-F.	—	—	Phönix Bgbau	108.75	106.25
Buderus	72.25	72.00	Rh.Braunkoh.	254.50	254.75
Cop. Hisp. Am.	340.00	330.00	Rh. Elek.-W.	142.00	141.25
Charl. Wasser	101.87	—	Rh. Stahlwk.	124.00	119.00
Conti Caoutch.	153.00	152.75	Riebeck	—	98.75
Daimler-Benz	40.00	39.37	Rütgerswerke	79.25	77.50
Dessauer Gas	166.00	165.50	Salzdetfurth	370.00	367.00
Dt.Erdöl-Ges.	106.00	103.00	Schl. Elek.-W.	166.00	164.00
Dt. Maschinen	—	—	Schuckt. & Co.	184.50	183.62
Dynam. Nobel	79.00	79.00	Siem.&Halske	276.00	274.50
El. Lief.-Ges.	—	163.50	Tietz, Leonh.	—	160.25
El. Licht u.Kr.	167.50	166.00	Transradio	—	129.50
Essen. Steink.	—	137.00	Ver.Glanzstoff	—	—
I. G. Farben	166.00	167.75	Ver. Stahlw.	104.00	102.50
Felten u.Guill.	122.75	121.75	Westeregeln	223.50	222.75
Gelsenk.Bgw	143.50	140.75	Zellst. Waldh.	198.00	198.00
Ges. f. el. Unt.	168.62	167.50	Otavi	56.00	55.75

	29. 1.	28. 1.
Ablös.-Schuld 1-60 000	51.30	51.00
60-90 000	51.30	51.00
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	[illegible]	8.10

Industrieaktien.

	29. 1.	28. 1.		29. 1.	28. 1.
Accumulator.	—	110.25	Laurahütte	53.75	51.50
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenbrg.	—	148.75	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	165.75	162.00	Nordd. Wolle	88.00	88.00
Berger, Tiefb.	—	315.50	Pöge, Eltr.-W.	20.25	21.00
Dt. Kabelwk.	—	—	Riedel	—	—
Dt Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	92.75
Dt. Eisenhd.	71.00	71.00	Sarotti	—	134.50
Feldmühle	173.00	169.50	Schl.Bgb. u.Zk	—	—
Hohenlohe	—	—	Schl. Textil	—	—
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	231.00	222.00
Korting, Gebr.	—	60.75	Stollb. Zink.	—	—
Lahmeyer	—	—			

Tendenz: unsicher.

Amtliche Devisenkurse.

	29. 1. Geld	29. 1. Brief	28. 1 Geld	28. 1 Brief
Buenos Aires	1.661	1.665	1.669	1.673
Bukarest	—	—	2.489	2.493
Canada	—	—	4.134	4.142
Japan	—	—	2.057	2.061
Konstantinopel	—	—	1.963	1.967
London	20.337	20.377	20.339	20.379
New York	4.1810	4.1890	4.1815	4.1895
Rio de Janeiro	—	—	0.477	0.479
Uruguay	—	—	3.796	3.804
Amsterdam	167.98	168.32	167.95	168.29
Athen	—	—	5.435	5.445
Brüssel	58.212	58.335	58.215	58.335
Danzig	—	—	61.335	81.495
Helsingfors	—	—	10.508	10.528
Italien	21.87	21.91	21.875	21.915
Jugoslavien	—	—	7.375	7.389
Kopenhagen	111.85	112.07	111.87	112.09
Lissabon	—	—	18.78	18.22
Oslo	111.67	111.89	111.66	111.88
Paris	—	—	16.415	16.455
Prag	—	—	12.37	12.39
Schweiz	—	—	80.76	[illegible]
Sofia	—	—	3.027	[illegible]
Spanien	—	—	53.90	[illegible]
Stockholm	112.23	112.45	112.24	112.46
Talinn	—	—	111.45	111.67
Budapest	—	—	73.105	[illegible]
Kairo	—	—	20.83	[illegible]
Wien	—	—	58.83	[illegible]
Reykjawik 100 Kronen	91.94	92.12	91.94	[illegible]
Riga	—	—	[illegible]	[illegible]

Ostdevisen. Berlin, 28. Januar. Warschau 46.825 bis 47.025, Kattowitz 46.825—47.025, Posen 46.80 bis 47, Kowno 41.685—41.865, grosse polnische Złoty 46.65—47.05, Lit 41.23—41.57.

Der Złoty am 28. Januar. Zürich 58.05, London 43.38, New York 11.25, Prag 378⅝.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

dieser Art in Polen an eine Inlandsfirma, die die finanzielle Gewähr für eine solide Ausführung der Arbeit geben kann. Da rieten nun einzelne Beamte dieser Firma, sie möchte doch mit dem Magistrat auf dem Wege über die Firma Hoentsch konferieren. Natürlich konnte sich die polnische Firma nicht so weit erniedrigen, daß sie sich an einen polnischen Magistrat über eine deutsche Firma wandte. Und auf diese schädliche Weise wurde die polnische Firma von den Verhandlungen weggedrängt.

Nach einiger Zeit ging Warschau daran, ein Palmenhaus zu bauen. Die erwähnte Firma bot auch dort ihre Arbeit an, aber Warschau verbarg sich hinter der Entscheidung des Magistrats unserer Stadt und übergab den Bau des Palmenhauses der Firma Hoentsch. Die polnische Firma hatte bereits in wirklich ernster Behandlung der Angelegenheit gewisse Vorbereitungen in der Richtung getroffen, dieses in Polen bisher nicht beherrschte Gebiet des Bauwesens zu entwickeln, und durch eine solche Wendung der Dinge wurde sie nun ernsten Verlusten ausgesetzt. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die starke Firma H. Cegielski mit vollem Erfolg diesen Bau ebenfalls durchführen konnte, um polnischen Arbeitern Verdienst zu geben und das Geld im Lande zu lassen. Aber Leute, denen es um großen Nebenverdienst ging, taten alles, um das zu verhindern.

Mit einer polnischen Firma konnten sie doch keine Machenschaften ausführen, die von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Die Vergebung des Baues des Palmenhauses an die deutsche Firma Hoentsch bringt dem Posener Magistrat durchaus keine Ehre ein. Die Baukosten betragen etwa 2½ Millionen Zloty. Dieses Geld hat sich finden müssen, denn Posen muß „geschmückt" werden. Andererseits wird für den Bau von Baracken (in Zawade) eine bescheidene Summe von 40 000 Zloty bestimmt. Diese Tatsachen sprechen für sich selbst. Wir werden auf die Angelegenheit des Palmenhauses in den nächsten Tagen noch zurückkommen."

*

Die „Gazeta Zachodnia", die gewöhnlich mit der Pazifistenmiene herumzugehen pflegt, wenn es sich um einen Eindruck handelt, der international wirken soll, kann nicht genug gegen alles Deutsche hetzen. Das Palmenhaus, das von der deutschen Spezialfirma Hoentsch errichtet worden ist und das den Beifall aller Besucher findet, hat es diesem Blatt besonders angetan. Immer neu taucht die Ente auf den Grund, um irgend ein Fischlein zu fangen. Bis jetzt haben wir nur Gerüchte gehört, keine Namen hat man offen genannt. Diese Art Stimmung zu machen und die Oeffentlichkeit aufzuhetzen, ist verdächtig.

Wir wissen, das Posen das Palmenhaus nur deshalb von Hoentsch bauen ließ, weil einzig und allein bei dieser Firma die Garantie für eine sachgemäße Ausführung gegeben war. Wir bestreiten nicht, daß auch andere polnische Firmen die Fähigkeit besitzen, solche Spezialbauten auszuführen, aber darauf kam es nicht an, sondern nur darauf, auch ein mustergültiges Werk zu erhalten. Das kann aber nur eine Firma garantieren, die Hunderte von Palmenhäusern zur Zufriedenheit errichtet hat. Experimente schaden nur. Und wenn der Magistrat so gehandelt hätte, wie das Blatt heute „weiß", und wenn dann das Werk nicht vollkommen ausgefallen wäre — wir hätten das Geschrei hören mögen. Der Magistrat hat sicher richtig gehandelt, weil er, wenn nun schon ein Palmenhaus in Posen sein soll, die Firma wählte, die ihm die größte Gewähr für sachgemäße Ausführung bot.

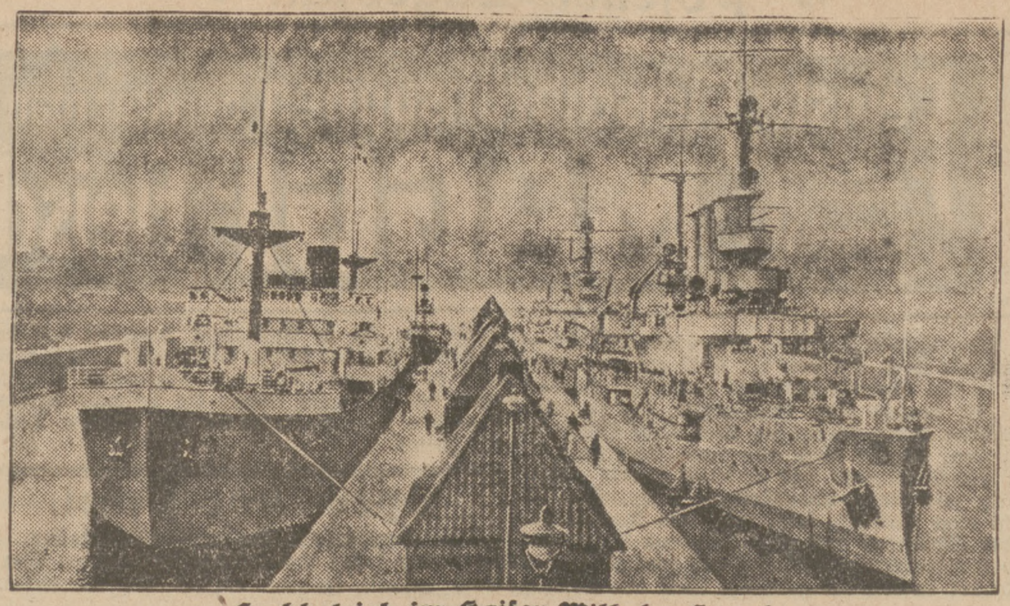
Die Heimlichkeiten und Gerüchteverbreitungen, die das sanierte Blatt liebt, sind Stimmungsmache. Warum nennt das Blatt keine Namen? Warum so heimlich hinten herum ohne näheren Beweise?

Rückkehr zum Recht?

Warschau, 29. Januar. Polnischen Blättermeldungen zufolge soll die Regierung eine Verordnung über die Aufhebung der aus der russischen Gesetzgebung verbliebenen Rechtsbeschränkung der jüdischen Bevölkerung in Polen vorbereiten. Im Zusammenhang damit spricht man in der Rechtspresse demonstrativ von „neuen Erleichterungen für die Juden".

Beförderung.

Warschau, 29. Januar. Der **„Dziennik Ustaw"** veröffentlicht die Ernennung mehrerer Offiziere zu Oberstleutnants. 100 Hauptleute wurden zu Majoren und 181 Oberleutnants zu Hauptleuten befördert.



Hochbetrieb im Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Ein interessantes Bild von dem lebhaften Durchschleusungsverkehr im Nord-Ostsee-Kanal. Man sieht in der Holtenauer Schleuse rechts die Linienschiffe „Hessen" und „Elsaß", links Handelsschiffe.

Die Passagiere der „Monte Cervantes" werden abgeholt.

Der Abtransport der Reisenden.

Nach einer Meldung des Kapitäns des „Monte Sarmiento" an die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft wird dieses Schiff am heutigen Dienstag früh in Ushuaia eintreffen, um die Passagiere, sowie die Besatzung des „Monte Cervantes", das gerettete Gepäck und die sonst von dem untergegangenen Dampfer geborgenen Einrichtungsgegenstände an Bord zu nehmen. — Die Abfahrt ist bereits für heute abend vorgesehen, damit die südamerikanischen Passagiere des „Monte Cervantes" möglichst bald wieder in Buenos Aires abgesetzt werden können. Von hier aus wird dann die Besatzung mit einem der fahrplanmäßigen Südamerika-Dampfer nach Deutschland zurückkehren.

Die nach Europa bestimmten Passagiere des „Monte Sarmiento", die auf die Kunde von dem Unglück im Beagle-Kanal in Montevideo wieder ausgeschifft werden mußten, werden jetzt mit der am morgigen Mittwoch ausfahrenden „Cap Arcona" Südamerika verlassen. Als Ersatz für den „Monte Cervantes" hat die Hamburg-Süd jetzt ihren Dampfer „Antonio Delfino" in den Dienst der Feuerland-Fahrt eingestellt.

Eine Panik drohte auszubrechen.

Wie aus Ushuaia berichtet wird, bestand, als der „Monte Cervantes" im Beagle-Kanal auf einen Felsen auflief, eine Zeitlang die Gefahr, daß unter den 1100 Passagieren, die sich an Bord befanden, eine Panik ausbrechen werde, da aus dem Maschinenraum infolge des Heißlaufens der Motoren dicke Rauchschwaden drangen. Die Passagiere machten Anstalten, die Rettungsboote zu stürmen, während die Schiffsoffiziere bemüht waren, sie zu beruhigen und darüber aufzuklären, daß keine direkte Gefahr bestehe. In diesem Augenblick nahm ein Spanier mit einer kleinen Filmkamera in der Hand Aufstellung auf einem erhöhten Platz und **begann in aller Ruhe, die Szene auf dem Bootsdeck zu filmen.** Dies hatte zur Folge, daß die Passagiere sich sofort beruhigten und mit gutem Humor in ihre Lage fanden. Das Uebernehmen in die Rettungsboote vollzog sich hierauf in voller Ordnung.

Blankenese in Trauer.

An dem Unglück der „Monte Cervantes" hat neben Hamburg als Heimathafen besonders auch Blankenese als Geburtsort des dabei ums Leben gekommenen Kapitäns Theodor Dreyer in sehr starkem Maße Anteil genommen. Als sichtbares Zeichen der Trauer hatte Blankenese am Sonntag die Flaggen auf Halbmast gesetzt. Aus vielen Orten Deutschlands und auch dem Auslande, u. a. sogar aus Peru, sind von dort lebenden Blankenesern Telegramme eingegangen, in denen mit Worten der Trauer des so tragisch ums Leben gekommenen Mitbürgers gedacht wird.

Aus der Republik Polen.

Nationalkultur.

Warschau, 29. Januar. Gestern nachmittag fand im Schloß eine Sitzung des „Fonds der Nationalkultur" statt. Den Vorsitz führte der Staatspräsident. An den Beratungen nahmen der Ministerpräsident Bartel, der Finanzminister Matuszewski, der Außenminister Zaleski und der Kultusminister Czerwiński teil.

Die „Miß Polonia".

Warschau, 29. Januar. Die von der **„Prasa Polska"** veranstaltete Schönheitskonkurrenz zur Wahl der „Miß Polonia" hatte folgendes Ergebnis: Von fünfzehn Bewerbinnen wurde Fräulein Zofja Baticka aus Lemberg, die bekannte Filmschauspielerin, zur „Miß Polonia", zur ersten stellvertretenden „Miß Polonia" Fräulein Slawa Malczewska aus Warschau und zur zweiten „Vize-Miß Polonia" Fräulein Laryssa Wińkowska aus Posen gewählt. Dem Schiedsgericht gehörten u. a. an: Bildhauer Wittig, der Maler Skoczylas, als Vertreter der Theaterwelt Direktor Szyfman und Osterwa, Redakteur Paciorkowski und die Vertreter der Literatur Rygier-Nalkowska und W. Grubiński.

Pressefehde zwischen Sozialisten und Sanierten.

Warschau, 28. Januar. Das Rededuell zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Zulawski und dem Arbeitsminister Prystor bei der Erörterung des Budgets des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums veranlaßt den **„Robotnik"** zu folgender Polemik mit verschiedenen Blättern der Sanierungsgruppe:

„Die Sanierungspresse hat sich die Aufgabe, die Leser zu unterrichten, „leicht gemacht". In den Berichten über die Diskussion zum Budget des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums gibt sie im Wortlaut oder in längerer Kürzung die Rede und die Antwort des Ministers Prystor wieder, während die Rede Zulawskis „in einigen Worten" mit einigen Sätzen abgetan wird, in denen mehr über den Redner hergegangen wird, als daß man den wahren Wortlaut seiner Rede bringt Bei solcher „Auffassung" des Gegenstandes ist der Leser der Sanierungspresse natürlich geneigt zu glauben„ daß der Minister Prystor — wie die „Gazeta Polska" versichert — den Abg. Zulawski „zermalmt" habe. Aber ein eigenes Urteil wird sich der Leser nicht bilden können. Hier haben wir wieder ein klassisches Beispiel dafür, wie sehr die Sanierung von schlimmster Parteilichkeit zerfressen ist. Statt eines loyalen Kampfes mit dem Gegner läßt man ihn nicht zu Worte kommen und verkündet dann unter der Begleitmusik von Schimpfreden den eigenen „Sieg". Aber das Verschweigen der Rede des Abgeordneten Zulawski legt genügendes Zeugnis von dem Werte dieses Sieges ab.

Aber die Sanierungspresse verschweigt nicht nur die Rede, sie fälscht sie auch, indem sie u. a. behauptet, daß sie Argumente enthalte, durch die die Ausführungen des Ministers Prystor nicht widerlegt werden könnten. Dabei setzt sich die Rede Zulawskis nicht aus Argumenten, sondern aus Tatsachen zusammen, die nur zu bestätigen sind.

Der **„Przegląd Wieczorny"**, so erzählt der „Robotnik" weiter, macht der P. P. S. den Vorwurf, daß es ihr ausschließlich um den „Besitzstand" in den Krankenkassen ginge, um Stellungen. Der Genosse Zulawski hat nicht nur von den Krankenkassen gesprochen, sondern von fast allen Gebieten, die zum Tätigkeitsbereich des Arbeitsministeriums gehören. Was die Krankenkassen betrifft, so kämpfen wir nicht um Stellungen, sondern um die Respektierung der Gesetze, um die Selbstverwaltung der Versicherten und um eine gute Wirtschaft in den Kassen, die jetzt von den Kommissaren, von denen sich viele hinter Gefängnisgittern befinden müßten, ruiniert werden.

Ganz ohne Zeremonien geht der **„Czas"** vor, indem er gegen das „Vorwerk" der Sozialisten auftritt und die Regierung aufstachelt, in der Angelegenheit der Krankenkassen „nicht nachzugeben" Derselbe „Czas", der vor einigen Tagen das Landwirtschaftsministerium als ein Vorwerk des Großgrundbesitzes behandelte, hat kein Recht, Belehrungen zu geben. Hier besteht auch der Kardinalunterschied, daß die Großgrundbesitzer nur in geringem Maße die Interessen der Landwirtschaft mit ihren eigenen Interessen identifizieren können, während die Sozialisten bei der Bekämpfung der Politik des Herrn Prystor die Gesamtheit der Versicherten verteidigen.

Der **„Kurjer Polski"** aber stellt fest, daß der Genosse Zulawski zur Illustrierung seiner Stellungnahme eine Reihe von Tatsachen aus dem Gebiete der Wirtschaft der Krankenkassen angeführt habe. Man müsse sagen, daß sie eine recht überzeugende Sprache redeten."

Furchtbare Bluttat eines eifersüchtigen Ehemannes

Selbstmordversuch nach der Ermordung seiner Frau.

Vor den Augen des vierjährigen Töchterchens spielte sich in der vergangenen Nacht eine entsetzliche Ehetragödie ab. Im ersten Stock des Hauses Frankfurter Allee 294 bewohnte der 30 Jahre alte Arbeiter Max Uthes mit seiner 24 Jahre alten Ehefrau Hedwig und seinem vier Jahre alten Töchterchen Ursula eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Das Verhältnis der Eheleute zueinander, das anfänglich nichts zu wünschen übrig ließ, hatte sich durch Eifersuchtsszenen des Mannes in letzter Zeit getrübt. Nachbarn waren öfter Ohrenzeugen heftiger Auftritte.

Heute morgen hörten sie aus Uthes' Wohnung Röcheln. Auf Klopfen wurde nicht geöffnet. Darauf benachrichtigte man die Polizei des 84. Reviers, die sich mit Gewalt Zutritt verschaffen mußte. Dicht an der Wohnungstür fand man die Frau, die nur mit einem Hemd bekleidet war, tot auf. Sie hatte zahlreiche Schnitt- und Hiebwunden im Gesicht, am Halse und auf der Brust. Der Ehemann lag auf dem Fußboden im Zimmer schwer röchelnd. Wie sich ergab, hatte er versucht, sich die Pulsadern aufzuschneiden. Ein hinzugerufener Arzt legte ihm Notverbände an und sorgte für die Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Es ist zweifelhaft, ob der Mann gerettet werden kann. Das kleine Mädchen, das weinend im Bettchen saß, wurde bei Nachbarn in Obhut gegeben.

Nach dem Befund in der Wohnung muß sich zwischen Uthes und seiner Frau ein schwerer und erbitterter Kampf abgespielt haben. Nachdem die Frau und das Kind zu Bett gegangen waren, hatte sich der Mann halb angekleidet an den Tisch gesetzt und in einem langen Briefe die Gründe zu seiner geplanten Tat klargelegt. Weil er glaubte, daß seine Frau ihm untreu sei, wollte er sie, das Kind und sich selbst gewaltsam umbringen. Durch irgend einen Umstand muß die Frau erwacht und aufgestanden sein. Darauf ergriff der Mann ein Beil und schlug damit auf die Frau ein. Als ihm die Waffe entglitt, nahm er nacheinander zwei Küchenmesser, die mit abgebrochenen Klingen gefunden wurden. Die schon schwer verletzte Frau versuchte, zur Tür zu flüchten, doch hatte der Mann das vorausgesehen. Um ihr den Ausgang zu versperren, hatte er eine Kommode vor die Tür gerückt. So brach die Frau blutüberströmt an der Tür zusammen. Das Kind, das von dem Lärm erwacht sein muß, hat vermutlich vor Schreck keinen Laut von sich geben können. Das rettete ihm das Leben, denn der tobende Mann vergaß seine Anwesenheit und brachte sich selbst die Schnitte an den Pulsadern bei. Vom Blutverlust geschwächt, brach auch er zusammen. Die Leiche der Frau wurde beschlagnahmt.

Was geschieht in Rußland?

Im Gemeindeblatt „Kirche und Heimat" für Polnisch-Oberschlesien erläßt Kirchenpräsident D. Voß, der Präsident der unierten evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien, folgenden Aufruf an die evangelischen Gemeinden:

„Die Christenheit Rußlands steht unter schwerer Verfolgung. Die christliche Erziehung der Jugend wird gewaltsam verhindert, der Sonntag abgeschafft, die Feier der christlichen Feste zerstört, alle christliche Lebensordnung zerschlagen. Ungezählte Christen, unter ihnen mehr als tausend Geistliche, haben die Treue zu ihrem Glauben bewährt unter namenlosen Leiden, bis hinein in den Tod.

Erschüttert von dem, was sich dort vor unseren Augen abspielt, rufen wir die Glieder unserer Gemeinden auf, der verfolgten Glaubensbrüder in ernster Fürbitte zu gedenken, daheim und in den Gottesdiensten. Aeußere Hilfe zu bringen, steht nicht in unserer Macht. Aber mit den Gebeten unserer Liebe wollen wir die umgeben, die Unsägliches erdulden.

Der Herr der Kirche, dessen sind wir gewiß, wird dies Gebet nicht ungehört lassen. Bei ihm ist der Sieg. Und das Blut der Märtyrer wird der Same der Kirche bleiben!"

Diese Mahnung des Kirchenpräsidenten redet nicht nur zu den oberschlesischen Gemeinden, sondern richtet sich an die ganze Christenheit, die der schweren Not in Rußland gedenken soll. Aehnliche Aufrufe haben auch die Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche der altpreußischen Union an ihre Gemeinden gerichtet. So wird jetzt laut und offen überall von den Kirchen der Widerspruch gegen die furchtbaren Vorgänge der Religionsverfolgung in Rußland verkündet.

Die letzten Telegramme.

Briand und Tardieu.

Paris, 29. Januar. (R.) Der französische Ministerpräsident Tardieu und der Außenminister Briand werden die Londoner Flottenkonferenz für einige Tage verlassen. Briand wird sich am Freitag nach Paris begeben und Ministerpräsident Tardieu am Sonntag. Beide werden aber am Dienstag vormittag wieder in London eintreffen.

Eine optimistische Meinung.

Budapest, 29. Januar. (R.) In einem Leitartikel des „Pester Lloyd" beschäftigt sich der ehemalige Minister Dr. Gustav Gratz mit der Frage der Sanktionen und schreibt unter anderem: „So sehr man bedauern muß, daß diese Ueberreste der Kriegsmentalität aus dem Haager Abkommen nicht vollständig ausgemerzt werden konnten, so zeigt doch gerade die Fassung der Sanktionsbestimmungen einen unzweifelhaften Fortschritt auf dem Wege der vollständigen Befriedung der europäischen Politik. Für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bedeuten die Haager Abmachungen wirklich eine endgültige Liquidierung des Krieges. Die Politik Stresemanns hat also auch noch nach seinem Tode in diesen Abmachungen gute Früchte getragen. Dieser Politik ist es zu danken, daß in einem Zeitraum von zehn Jahren nach dem Friedenschluß die Rechte der Kriegspsychose und des Kriegsgegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich fast vollständig geschwunden sind, und nichts hindert nunmehr, daß ein neuer Abschnitt in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Mächte beginnt."

Gestrandeter Kohlendampfer.

Paris, 28. Januar. (R.) Von dem gestern an der Küste Südwestfrankreichs gestrandten englischen Kohlendampfer konnten bisher 8 Mann von den 23 an Bord befindlichen Personen an Land geholt werden. Die Rettungsaktion mußte unterbrochen werden, weil das Kabel zwischen dem Schiff und der Küste, auf welchem die Rettungsboje lief, sich an den Küstenfelsen scheuerte und zerriß. Mit dieser Rettungsboje müssen die Leute einzeln an Land geholt werden. Man hofft die noch an Bord befindlichen 15 Mann retten zu können, während das Schiff als verloren anzusehen ist.

Räuber.

Dessau, 29. Januar. (R.) Gestern abend drangen zwei Räuber in das Stationsgebäude in Dessau-Alten ein, bedrohten die anwesenden drei Beamten mit dem Revolver und raubten die Stationskasse mit 14 Mark Inhalt. Als der Stationsvorsteher sich zur Wehr setzte, gab einer der Räuber einen Schuß auf ihn ab, der jedoch fehlging. Die Räuber entkamen unerkannt.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Guido Baehr.** Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: **Rudolf Herbrechtsmeyer.** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Margarete Wagner,** Kosmos Sp. z o. o. Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Ciechocinnek**, 28. Januar. Verhaftet wurde, der „Gaz. Zach.“ zufolge, der Verwalter des hiesigen Kurhauses Wladyslaw Czachowski, der seit 1925 36 000 Zloty veruntreut hat.

* **Krakau**, 28. Januar. Ein Hauptrohr der nach Krakau führenden Wasserleitung brach, was zur Folge hatte, daß die ganze Stadt ohne Wasser blieb. Die Reparaturarbeiten wurden sofort aufgenommen, doch dauerten sie über 30 Stunden. Die Stadtverwaltung stellte sofort Wasserautos in Dienst, die Wasser aus Bielau heranschafften. Bereits in den späten Abendstunden trafen die ersten Autos ein, die sofort von der Bevölkerung dicht umlagert wurden.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13½ Uhr.

H. Z. in Ch. Wenn nicht s. Zt. in dem Pachtvertrage etwas Gegenteiliges festgelegt worden ist und der Pächter einwandfrei den Nachweis liefern kann, daß der Backofen von ihm gebaut bzw. sein Eigentum ist, hat er das Recht, den Backofen bei seinem Auszuge „mitzunehmen“, falls Sie sich nicht mit ihm über eine Entschädigung einigen. Wir raten dringend zu einer Einigung.

A. R. 1930. 1. Die Geburtsurkunde allein genügt nicht; es ist vielmehr auch ein kreisärztliches Attest einzureichen, aus dem die Invalidität hervorgeht. 2. Es ist ausgeschlossen, daß das im August 1928 ausgestellte kreisärztliche Attest heut noch gilt. Ob der Antrag auf Bewilligung der Rente Aussicht auf Genehmigung hat, können wir beim besten Willen nicht beurteilen.

Filmschau.

= **Im Kino Apollo** erregt der neue Film „Mein liebes Mädchen“ nach einer gleichnamigen Erzählung von Morris allgemeines Interesse, das besonders der Hauptperson, der bildschönen Mary Pickford gilt. Der Film behandelt in einer etwas weit ausgesponnenen Handlung die Liebschaft eines jungen Millionärs- und Warenhausbesitzersohnes zu einer Expedientin des Warenhauses, der er — etwas unnatürlich! — unterstellt wird, um von der Pike auf zu dienen und in den Warenhausbetrieb eingeführt zu werden. Er benutzt diese Gelegenheit, sich in seine bildschöne Lehrmeisterin bis über beide Ohren zu verlieben, obwohl diese aus einer stark anrüchigen Familie stammt und er selbst bereits anderweitig mit einer Ebenbürtigen versprochen ist. Nicht ohne Interesse folgt man dem Kampfe der beiden Liebenden bzw. dem Für und Wider der beiden heterogenen Familien bis zum glücklichen Endspurt, in dem das glückliche Paar das Rennen macht, um sich in Australien, begleitet von den Glückwünschen der beiden Elternpaare, ein eigenes Nest zu bereiten. Für eine angenehme Erheiterung der Zuschauer sorgen die teilweis burleskkomischen Szenen besonders des zweiten Teiles des Films. hb.

Sport und Spiel.

Die diesjährigen Eishockeymeisterschaften in Chamonix stehen unter einem ungünstigen Stern. Auch gestern konnten wegen des Tauwetters keine Begegnungen zum Austrag kommen. Uebrigens werden die nächsten Weltmeisterschaften in Krynica abgehalten oder bei ungünstigem Wetter auf der Kunsteisbahn in Kattowitz. Der polnische Eishockeyverband bemüht sich um die bestimmte Teilnahme von Kanada und Japan.

Eine Fußballrepräsentation von Warschau soll im Frühjahr Städtespiele mit Leipzig und Dresden austragen. Warta plant eine Reise nach Frankfurt. Ferner sind die Begegnungen Krakau—Berlin, Lemberg—Frankfurt und Posen—München vorgesehen.

Der Vorstand der polnischen Fußball-Liga hat die Absicht, obligatorische Gesundheitsatteste für die Ligaspieler einzuführen.

Die Eislaufmeisterschaften Polens, die in Posen stattfinden sollten kommen am 2. Februar in Warschau zum Austrag.

Wettervoraussage für Donnerstag, 30. Januar.

= Berlin, 29. Januar. Für das mittlere Norddeutschland: Ziemlich trübe, Temperaturen meist über Null, schwache Luftbewegung. — Für das übrige Deutschland: Im nordöstlichen Küstengebiet und im Südosten noch zeitweise leichter Niederschlag. Im übrigen Reich noch ziemlich trübe und vielfach neblig. Temperaturen im allgemeinen wenig verändert.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme anläßlich des Hinscheidens unsrer teuren Entschlafenen

Frau **Anna Herrmann**
geb. **Schubert**

sagen wir allen unsern

tiefempfundensten Dank

Ochla, den 27. Januar 1930.

Karl Herrmann
und Kinder.